Der Briesetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neungespaltene Petitzeile kostet 25 Pfennig, die Reklamezeile 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für Bergfelde, Schönfließ Frohnau, Summt und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Telegr.-Adr.: Briesetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

Nr. 188 | Fernsprecher Amt Birkenwerder 2005 | Sonnabend, den 29. November 1930 | Postscheckkonto Berlin 62 448 | 29. Jahrg

Gemeinsame Bekanntmachung der Gemeindevorsteher von Birkenwerder, Bergfelde, Borgsdorf und Schönfließ.

Viehzählung.

Am 1. Dezember 1930 findet, wie in den Vorjahren, wieder eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere, Maulesel und Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh und Bienenstöcke (Bienenvölker) erstreckt. Aus besonderem zucht- und wirtschaftlichen Interesse werden bei der Viehzählung hinsichtlich der Pferde, Kälber, Schafe und Hühner auch Zusatzfragen gestellt.

Ich weise hiermit ausdrücklich darauf hin, daß die Ergebnisse der Zählung lediglich volkswirtschaftlichen Zwecken dienen und daß sie nur einen Aufschluß über den wirklichen Stand und den Entwicklungsgrad der Viehwirtschaft in allen Teilen des Landes im Vergleich mit den Vorjahren geben sollen. Die in den Zählbezirkslisten aufgenommenen Angaben über den Viehbesitz werden nicht für Zwecke der Steuerveranlagung verwendet, vielmehr wird über diese Angaben das Amtsgeheimnis gewahrt.

Ich erwarte, daß die Bevölkerung die Zähler bei der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgaben weitestgehend unterstützt.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Bekanntmachung vom 30. Januar 1917 (R. G. Bl. S. 81) aufgefordert wird, nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird nach § 4 der vorerwähnten Bekanntmachung mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staate verfallen" erklärt werden.

Veröffentlicht:

Birkenwerder, den 28. November 1930.
Der Gemeindevorsteher. Blank.

Bergfelde, den 28. November 1930.
Der k. Gemeindevorsteher. Czekowski.

Borgsdorf, den 28. November 1930.
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Schönfließ, den 28. November 1930.
Der Gemeindevorsteher. Lemcke.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Der Jagdverteilungsplan für das Pachtjahr 1930/31 liegt vom 1. Dezember d. Js. zur Einsicht der Beteiligten im Gemeindebüro während der Dienststunden von 8 bis 12 Uhr vormittags öffentlich 2 Wochen aus.

Einsprüche können nur während dieser Zeit angebracht werden.

Borgsdorf, den 28. November 1930.
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt. Jagdvorsteher.

Der Gemeindevorsteher Schönfließ.

Gemeindevertreter-Sitzung.

Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevertretung hiermit zu einer Sitzung auf Montag, dem 1. Dezember d. J., abends 8½ Uhr, im Lokal von Wiegand unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenden an die gefaßten Beschlüsse gebunden sind.

Tagesordnung:
Oeffentlich:

1. Betrifft Straßenbeleuchtung.
2. Umzäunung der Anlage.
3. Betr. Nachtwächtergehalt.
4. Verschiedenes.

Schönfließ, den 28. November 1930.
Der Gemeindevorsteher. Lemcke.

Die Haltung der Wirtschaftspartei

Berlin, 28. November.

Zu der Kritik, die das Ausscheiden der Wirtschaftspartei aus der Gefolgschaft der Regierung gefunden hat, wird aus führenden Kreisen der Wirtschaftspartei erklärt, die Zurückziehung des Ministers Dr. Bredt und die jüngste Erklärung der Wirtschaftspartei seien nicht etwa so aufzufassen, daß nun die Wirtschaftspartei in grundsätzliche Opposition zu allen Maßnahmen der Reichsregierung treten wolle.

Es handle sich für die Wirtschaftspartei lediglich darum, die volle Freiheit der Entscheidung über alle einzelnen Maßnahmen der Regierung zurückzugewinnen.

Ganz falsch sei die Auffassung, als sei die Preissenkungsaktion der Regierung bestimmend gewesen für den Schritt der Wirtschaftspartei. An einem wirksamen Preisabbau habe gerade die Wirtschaftspartei das größte Interesse; sie wende sich aber gegen unzweckmäßige Methoden bei dieser Aktion. Der Sanierungsvorlage der Regierung könne die Wirtschaftspartei in manchen Punkten zustimmen, sie sei aber gegen die Schankverzehrsteuer. Nicht befriedigend seien auch die Formen, die die Regierung für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und für den Abbau der Realsteuern gewählt hat. Der an sich begrüßenswerte Zweck könne auf diese Weise nicht erreicht werden.

Kellogg und Soederblom Friedenspreisträger

Oslo, 27. November.

Das Nobel-Komitee des norwegischen Storthing hat den Nobelfriedenspreis für 1929 dem früheren amerikanischen Staatssekretär Kellogg und den Friedenspreis für 1930 dem schwedischen Erzbischof Nathan Soederblom zuerkannt.

Sabotierte Landabrüstung

Deutsch-englischer Zusammenstoß in Genf.

Genf, 27. November

In der vorbereitenden Abrüstungskommission kam es am Donnerstag bei der Beratung desjenigen Artikels des Entwurfes, der in ausgesprochenem Maße politischen Charakter trägt, zu einer scharfen Auseinandersetzung. Es handelt sich um die Bestimmung, wonach das Abrüstungsabkommen die in den Friedensverträgen übernommenen Verpflichtungen gewisser Mächte nicht berührt und in dieser Hinsicht auf jene Mächte keine Anwendung findet. Die französische Delegation hatte eine Fassung vorgeschlagen, wonach die Signatarstaaten erklären, daß die Aufrechterhaltung dieser Entwurfsbestimmungen für sie eine unerläßliche Voraussetzung sei.

Scharfe deutsche Erklärung

Graf Bernstorff gab daraufhin folgende Erklärung ab: „Der Kommission ist bekannt, daß ich schon 1927 bei diesem Artikel einen allgemeinen Vorbehalt angemeldet habe. Inzwischen bin ich im Frühjahr 1929 wegen der Unterdrückung unentbehrlicher Elemente in dem Entwurf des Abkommens genötigt gewesen, mich in aller Form von dem Programm der Kommissionsmehrheit loszusagen. Der Verlauf unserer diesmaligen Tagung bestärkt mich in der Auffassung, daß diese Stellungnahme berechtigt war.

Der Entwurf hat mit Abrüstung, soweit es sich um die Landstreitkräfte handelt, nicht mehr gemein als die Ueberschriften.

Wenn unsere Kommission sich von diesem kläglichen Ergebnis ihrer fünfjährigen Arbeit Rechenschaft gäbe, würde sie nicht auch noch durch jenen Artikel dieses jetzt entstehende Scheinwerk den früheren Verträgen gegenüberstellen. Wenn die Mehrheit den Artikel annimmt, werden dadurch freilich nur die Staaten betroffen, die einen solchen Entwurf unterzeichnen wollen. Ich jedenfalls gehöre nicht zu ihnen.

Im Gegenteil: ich werde den Anlaß jenes Artikels benützen, um gegen den Entwurf in seiner Gesamtheit zu stimmen.

Freilich gibt es Delegierte in der Kommission, die des Glaubens sind, man könne der deutschen Reichsregierung einen Vertrag zur Unterzeichnung anbieten, der, statt eine wirkliche Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand zu Lande verschleiert und sogar seine Erhöhung gestattet, und der nur eine Erneuerung der deutschen Unterschrift unter die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages bedeuten würde. Ich muß sie bitten, einer solchen Illusion endgültig zu entsagen." Der Standpunkt Deutschlands sei, daß es ein erstes Abkommen nur dann anerkennen könne, wenn es eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringe.

England an der Seite Frankreichs

Sodann nahm Lord Cecil das Wort zu einer Erklärung, die sich in ganz ungewöhnlich scharfer Weise gegen die deutsche Vertretung richtete, und aus der die fundamentale Wandlung der Haltung seiner Regierung auf dieser Tagung klar hervorging.

Cecil führte aus, er müsse Einspruch dagegen erheben, daß Graf Bernstorff behaupte, der Entwurf bedeute keine wirkliche Beschränkung oder Herabsetzung der Landrüstung. Es sei erstaunlich, daß eine verantwortliche, nicht von Vorurteilen befangene Persönlichkeit, die den Arbeiten gefolgt sei, eine solche Erklärung abgeben könne. Er habe gehofft, daß Deutschland auf dieser Tagung praktisch mitarbeiten werde, um ein möglichst gutes Abkommen zu erreichen, aber es habe in dieser Hinsicht wenig Unterstützung geleistet.

Italien gegen Frankreich

—Der italienische Delegierte General de Marinis vertrat den Standpunkt, das Abkommen solle die Erfüllung der im Pakte enthaltenen und im Vorwort zu den militärischen Bestimmungen der Friedensverträge aufgestellten Verpflichtungen erfüllen. Ob dies der Fall sei, könne man erst beurteilen, wenn die Ziffern der Rüstungsbeschränkung festgesetzt seien, was allerdings auf der Abrüstungskonferenz geschehen werde. Darum könne auch über den erwähnten Artikel erst dort entschieden werden. Er werde sich deshalb nicht an der Debatte beteiligen und sich der Stimme enthalten.

Bernstorffs Antwort an Lord Cecil

Graf Bernstorff erwiderte dann auf den Angriff Lord Cecils und legte ihm folgende Fragen vor:

„Ist es richtig, daß die See- und Luftstreitkräfte direkt beschränkt wurden, die Landrüstungen nicht? Ist es richtig, daß die beschlossene Budgetbeschränkung die Vermehrung des Kriegsmaterials gestattet und daß bei der Beschränkung der Landarmeen die ausgebildeten Reserven weggelassen sind?" Gegenüber dem Vorwurf, die deutsche Vertretung habe ungenügend mitgearbeitet, betonte Graf Bernstorff, er habe in der ersten Zeit stets auf derselben Seite gearbeitet wie Lord Cecil. Wenn er dies schließlich nicht mehr getan habe, so sei der Grund dafür gewesen, daß die Landabrüstung der Seeabrüstung geopfert worden sei.

Darum sei es für den Vertreter eines Landes, das hauptsächlich an der Landabrüstung interessiert sei, unmöglich gewesen, im weiteren Verlauf in der früheren Weise mitzuwirken. Zur Sicherheitsfrage bemerkte er, wenn man Sicherheit schaffen wolle, so müsse es die gleiche Sicherheit für alle sein.

Deutschland niedergestimmt

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, den Artikel 8A mit dem vorliegenden Zusatzantrage zu streichen und die ganze Frage bis zur Abrüstungskonferenz offen zu lassen, gegen die Stimmen Deutschlands, Rußlands, Italiens, der Türkei und Bulgariens abgelehnt. Die Formulierung des betreffenden Artikels unter Berücksichtigung des französischen Zusatzantrages und eines ähnlichen Antrages Lord Cecils wurde einem Redaktionskomitee überwiesen.

Lord Cecil will sich herausreden

Genf, 28. November.

Lord Cecil versuchte vor den Vertretern der Presse noch einmal seine Haltung während der Donnerstags-Verhandlungen, in denen er seine früheren Auffassungen teilweise preisgegeben und in der Abrüstungsfrage entgegen den grundsätzlichen Ausführungen Hendersons auf der letzten Völkerbundsversammlung sich dem französischen Standpunkt angeschlossen hat, zu rechtfertigen. Die von Graf Bernstorff festgelegten Tatsachen, daß der Ausschuß in der Frage der Landrüstungen, der ausgebildeten Reserven und des Heeresmaterials völlig unwirksame, eine wirkliche Abrüstung sogar verhindernde Beschlüsse gefaßt habe, suchte er mit dem Hinweis auf „praktische Ueberlegungen" zu entkräften.

Die Diskussion über den Artikel 8 A der Konvention, durch den die einseitige Zwangsabrüstung der im Weltkrieg unterlegenen Mächte zur dauernden und wesentlichsten Bedingung für das Inkrafttreten der vom Abrüstungsausschuß beschlossenen Scheinabrüstungslösung gemacht wird, und der mit Hilfe von Lord Cecil in den Entwurf hineingearbeitet wird, suchte Lord Cecil damit zu rechtfertigen, daß auch die Flottenabkommen von Washington und London zum Bestandteil der allgemeinen Abrüstungskonvention gemacht würden. Der britische Delegierte unterließ allerdings einen Hinweis auf den fundamentalen Unterschied zwischen den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages und denen der genannten Abkommen.

Im übrigen sprach Lord Cecil die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen des Abrüstungsausschusses bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen werden können. (Es wird auch höchste Zeit, daß die Genfer Komödie zu Ende geht! D. Red.)

Sonnabend Notverordnung?

Berlin, 28. November.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hatte mit Führern der Sozialdemokratie eine Aussprache über die Frage der 50-Pfennig-Gebühr für Krankenschein und Rezept. Die Sozialdemokraten verlangen die restlose Aufhebung der Gebühr. Der Reichsarbeitsminister hat ihnen einen Gegenvorschlag gemacht, demzufolge nicht nur die langfristig Erwerbslosen und die Tuberkulosekranken von der Gebühr befreit werden sollen, sondern alle ausgesteuerten Erwerbslosen und die Kategorien der unteren Unterstützungssätze. Dieser Vorschlag würde etwa der Hälfte der Erwerbslosen zugute kommen.

Die sozialdemokratischen Unterhändler haben sich für ihre Entschließung Bedenkzeit ausgebeten. Ihre Entscheidung wird der Regierung aber bis heute abend mitgeteilt werden, da die Regelung dieser Frage ein wichtiger Teil der Gesamthaltung der Sozialdemokratie zur Politik des Reichskabinetts ist.

Der Reichskanzler hat die Führung der Sozialdemokratie gebeten, ihm bis heute abend schriftlich mitzuteilen, ob die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, im Reichstag für das Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu stimmen. Sollte die Antwort negativ ausfallen, so wird das Kabinett am Sonnabendabend zweifellos den Beschluß fassen, das Programm durch Notverordnung in Kraft zu setzen.

In politischen Kreisen würde man aber auch, wenn dieser Weg eingeschlagen würde, keine wesentliche Zuspitzung des Verhältnisses zwischen dem Reichskabinett und der Sozialdemokratie sehen, da der Sozialdemokratie ja Gelegenheit gegeben werden könnte, die neue Notverordnung nachträglich noch im Hauptausschuß zu beraten, wie es jetzt mit der Juliverordnung geschieht. Der Reichskanzler hat übrigens nicht die Absicht, auch den Reichsetat durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Er hatte am Freitagabend noch eine persönliche Aussprache mit einem der einflußreichsten Führer der Sozialdemokratie. Dabei ist der ganze Fragenkomplex noch einmal durchgegangen worden.

Reichsregierung zum Polenterror

Behandlung vor der ordentlichen Ratstagung im Januar.

Berlin, 28. November

Ueber die Kabinettssitzung vom Mittwoch wird noch mitgeteilt, daß Reichsaußenminister Dr. Curtius einen eingehenden Bericht über das dem Auswärtigen Amt vorliegende Material zu den polnischen Terrorakten gegen Deutsche in Ostoberschlesien erstattete.

Nach eingehender Prüfung der Rechtslage und der Zweckmäßigkeitsgründe hat das Reichskabinett in vorgerückter Nachtstunde beschlossen, auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates zu verzichten und dafür die Behandlung der polnischen Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien auf der nächsten ordnungsmäßigen Ratstagung zu verlangen, die am 15. Januar beginnt. Dieser Entschluß hat seinen Grund darin, daß die außerordentliche Tagung infolge des schwerfälligen Verfahrens, das die Völkerbundssatzung vorschreibt, ungefähr in die Weihnachtszeit fallen würde. Praktisch hätte ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung die Vorverlegung der Januartagung bedeutet. Das Reichskabinett wollte vermeiden, sich einer Ablehnung auszusetzen, die der Wirksamkeit der deutschen Beschwerde nur abträglich wäre. Der Generalsekretär müßte nämlich erst das Einverständnis der Hauptnationen einholen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung es für richtiger gehalten, den Weg der ordentlichen Tagung zu gehen.

Die deutsche Note

Die Note behandelt, wie wir hören, sehr eingehend all die einzelnen Fälle von Vergewaltigungen, die das Material des Berichtes des Generalkonsuls bildeten. Infolgedessen umfaßt die Note nicht weniger als 30 Schreibmaschinenseiten. Sie verlangt die Behandlung der Angelegenheit in der Januar-Tagung des Völkerbundsrates, auf der voraussichtlich die Außenminister der anderen Staaten selbst zugegen sein werden. **Es kommt hinzu, daß in der Ordentlichen Tagung des Völkerbundsrates das ganze Problem des Minderheitenschutzes und der Minderheitenverträge zur Erörterung gestellt werden könnte. Dies ist der erste Fall, in dem von deutscher Seite die Behandlung der Minderheitenfragen im Völkerbundsrat zur Erörterung gestellt wird. In den früheren Fällen hat sich die deutsche Delegation nur den Anregungen von anderer Seite angeschlossen.**

Die deutsche Note ist im Laufe des Donnerstag abgegangen, wird also voraussichtlich am heutigen Freitag nach ihrem Eintreffen in Genf, veröffentlicht werden. Sie wird sich, damit der deutsche Schritt keine Verzögerung erleidet, vorbehalten, die Einzelheiten der Vorgänge noch nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß gleichzeitig auch noch diplomatische Schritte eingeleitet werden, um der Beschwerde den nötigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem werden die Ereignisse in Pommerellen Gegenstand einer besonderen Beschwerde der deutschen Minderheit sein, der sich die Reichsregierung gewissermaßen als Nebenkläger anschließt. Beide Beschwerden werden im Januar gemeinsam vor den Rat kommen.

Es ist zu hoffen, daß nunmehr der deutsche Standpunkt mit voller Entschiedenheit im Völkerbundsrat vertreten werden kann, in dem das ganze Volk hinter der Reichsregierung steht.

Große Erregung in Oberschlesien

Angesichts der Erregung, die sich der Bevölkerung in Oberschlesien infolge der Terrorakte gegen die deutsche Minderheit in Ostoberschlesien bemächtigt hat, sieht sich der Polizeipräsident des Industriebezirks veranlaßt, folgenden Aufruf zu erlassen: Ich bitte die Bevölkerung des oberschlesischen Industriebezirks dringend, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinreißen zu lassen. Jede derartige Handlung würde den Erfolg der von unserer Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährden. Jede derartige Handlung würde aber vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste gefährden. Bei allem Verständnis für die Erbitterung, welche alle Kreise der Bevölkerung erfüllen muß, halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ich für die Sicherheit des oberschlesischen Industriebezirks verantwortlich bin und daß die mir unterstellten Polizeibeamten die Pflicht haben, auf das allerschärfste gegen jede Ruhestörung vorzugehen.

Und was tun die polnischen Behörden zum Schutze der deutschen Minderheit? Sie hetzen und tyrannisieren weiter!

Dr. Wirth unterrichtet sich in Oberschlesien

Der Reichsinnenminister Dr. Wirth ist am Donnerstag zusammen mit dem Vertreter der preußischen Regierung, Staatssekretär Dr. Abegg nach Oberschlesien gereist, um mit den deutschen Kreisen dort Fühlung zu nehmen und besonders den Oberpräsidenten Dr. Lukaschek zu sprechen. Die Gerüchte, als ob schon diesseits der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien sich Unruhen in der deutschen Bevölkerung bemerkbar gemacht haben, stellen sich als unrichtig heraus. Die Aufklärungen, die der Reichsinnenminister der deutschen oberschlesischen Bevölkerung über die Maßnahmen der Reichsregierung geben kann, dürften dazu beitragen, die Bevölkerung zu beruhigen und vor Unbesonnenheiten zu bewahren.

Polen fabriziert Gegenmaterial

Neuer Ueberfall auf Deutsche

Warschau, 28. November

Der polnische Außenminister hat, wie verlautet, den polnischen Generalkonsul in Beuthen zur Berichterstattung nach Warschau berufen. Ein polnisches Regierungsblatt erklärt hierzu, daß der polnische Generalkonsul dem polnischen Außenminister Gegenmaterial über den Terror gegen die polnische Minderheit in Westoberschlesien beibringen solle. Die polnische Regierungspresse schäumt über die deutschen Veröffentlichungen zu den polnischen Ausschreitungen. Sie weiß nichts Besseres zu tun, als scharfe und drohende Ausfälle gegen Deutschland zu richten.

Wie wenig die polnischen Behörden bestrebt sind, den Aufständischen- und Terrorbanden entgegenzutreten, geht aus einer Meldung aus Thorn hervor,

wo mehrere Polen in das „Deutsche Heim" eindrangen und drei dort anwesende polnische Staatsbürger deutscher Nationalität schwer mißhandelten.

Als die Deutschen sich zur Wehr setzten, holten die Eindringlinge 5 Mann zu ihrer Verstärkung heran, die sich bereits im Hintergrund gehalten hatten. Ein Deutscher wurde schwer verletzt, die beiden anderen kamen mit leichteren Verwundungen davon.

Geschlossener nationaler Wille

Die Forderung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther

Berlin, 28. November.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie befaßte sich Reichsbankpräsident Dr. Luther mit einer Reihe schwebender Wirtschaftsfragen. Er stellte zunächst die Festigkeit der deutschen Währung fest, die die zurückliegenden sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten habe und weiter durchhalten würde. Es bestehe die große Gefahr, daß heute so manche Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit haben, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandsverschuldung befindet. Deshalb und weil es noch nicht möglich ist, vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, seien wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Es habe keinen Zweck und bringe nicht vorwärts, den Kopf hängen zu lassen. **Ein im Innern starkes Deutschland habe auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außenpolitischen Ringen. Geschlossener nationaler Wille erzwinge im Auslande Verständnis für deutsche Lebensfragen.** Gelänge obendrein die ungeheure Kräftezusammenfassung zu wirklich einer Regierungsgewalt im Reiche, gelänge die Reichsreform, so würde die Einsetzung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtern, besonders auch zu Gunsten des deutschen Ostens. In den Stürmen der Weltwirtschaftskrise brauche Deutschland nicht nur Not und Niedergang zu sehen. Es könne in ihnen auch, wenn es segeln kann, das rettende Ufer erreichen. **Die Reparationen seien auf die Dauer nur erfüllbar, wenn Deutschland genügend Märkte habe, wohin es ausführen kann.** Ebenso werde der Young-Plan nur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Sätzen erhalte. Es erscheine unvorstellbar, daß die Tatsache der internationalen Goldaufwertung nicht Rückwirkungen auf die Höhe der Reparationen haben sollte. Der Leitgedanke auch für den Young-Plan müsse Deutschlands Leistungsfähigkeit sein. Je fester und entschlossener das deutsche Volk danach trachte, durch Senkung der Produktionskosten und Preise möglichst vor den anderen die neuen Ufer zu erreichen, desto besser würden seine wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sein.

Schwerer Raubüberfall. In der Meterstraße in Hannover überfiel ein junger Mann den Boten der Baufirma Graßdorf. Der Räuber versetzte dem Angestellten mehrere Schläge und raubte ihm die Aktentasche mit 8000 Mark Inhalt. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen ergriff der Täter die Flucht. Passanten nahmen die Verfolgung auf und konnten den Verbrecher auch stellen. Dieser wurde der Polizei übergeben. Das geraubte Geld konnte ihm wieder abgenommen werden.

Neues Erdbeben in Japan

223 Tote, mehrere hundert Verletzte.

Tokio, 27. November.

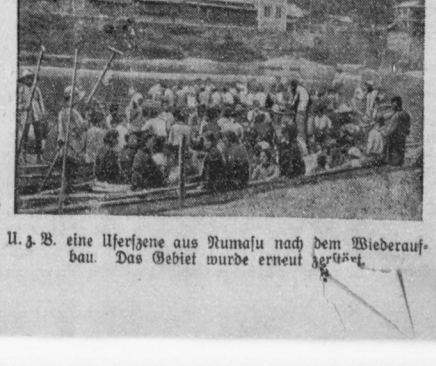
Die 65 Kilometer südwestlich von Tokio gelegene Stadt Mischima auf der Halbinsel Izu ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. An 1000 Personen sollen getötet oder verletzt worden sein. Bisher sind 223 Leichen geborgen. Nach dem Erdbeben brachen Brände aus.

Die Halbinsel Izu war in der letzten Zeit bereits mehrfach Schauplatz schwerer Erderschütterungen. Das jetzige Erdbeben begann um 4.03 Uhr früh und dauerte ungefähr 10 Minuten. Da die Verbindungen gestört sind, fehlen Einzelheiten, doch ist offenbar großer Schaden in Mischima selbst und auch in der benachbarten Stadt Numadsu sowie in zwei Dörfern angerichtet worden.

Das Erdbeben hat in einem großen Teil des Bezirks Schizuoka südwestlich der Hauptstadt besonders verheerend gewütet. **Die Zahl der Todesopfer beläuft sich auf 223, diejenige der Verletzten übersteigt 1000.** Die Orte, die am meisten gelitten haben, sind Mischima, Numadsu, Nagaso, Ito und Atami. **Die Sommerstation Hakonenatschi, die 1923 bereits zerstört worden war, wurde von neuem dem Erdboden gleichgemacht.**

Das Schicksal von 300 Arbeitern, die durch einen Erdrutsch in einem Tunnel bei Atami eingeschlossen sind, gibt Anlaß zu Beunruhigung. Das Zentralobservatorium teilt mit, daß die Schwingungen des Hauptstoßes 30 Minuten dauerten.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.
Die kleine, südwestlich von Tokio gelegene Halbinsel Izu ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden. U. B. z. Blick auf die Halbinsel.



U. z. B. eine Uferszene aus Numasu nach dem Wiederaufbau. Das Gebiet wurde erneut zerstört.

Industrie für Tarifermäßigung

Berlin, 28. November.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nahm eine Entschließung an, in der auf den 6prozentigen Abbau der Beamtengehälter hingewiesen wird, wodurch bei der Deutschen Reichsbahn zirka 84 Millionen und bei der Deutschen Reichspost zirka 62 Millionen Rm. verfügbar werden. Wenn außerdem eine Anpassung der Arbeitslöhne bei beiden Verkehrsanstalten hergestellt werden würden bei der Reichsbahn weitere zirka 107 Millionen, bei der Deutschen Reichspost 24 Millionen Rm., also insgesamt zirka 191 Millionen Rm. bzw. 86 Millionen Rm. verfügbar werden.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie fordert, daß diese Ersparungen auf dem Wege von Tarifermäßigungen der notleidenden Wirtschaft wiederzugeführt werden und daß diese Tarifermäßigungen spätestens bis zum 1. Februar 1931 erfolgen.

Brüning: Sanierung auf jeden Fall nötig

In der Sitzung des Hauptausschusses hatte Reichskanzler Brüning noch einmal eingehend dargelegt, von welchen Tendenzen sich die Reichsregierung bei der Aufstellung ihres Reformprogrammes leiten ließ. Das Programm, so erklärte er, bezwecke die Ordnung der deutschen Finanzen und die Wiederherstellung gesunder Grundlagen für die deutsche Wirtschaft mit dem Ziel, den Kredit Deutschland und sein Weltgeltung zu erhöhen und die politische und wirtschaftliche Freiheit des deutschen Volkes zu erreichen. Es sei vor allem erforderlich, in das Bewußtsein aller Kreise des deutschen Volkes die Erkenntnis einzuhämmern, daß es **nicht nur darauf ankomme, mit dem Reformprogramm die Grundlagen für eine vernünftige Gestaltung unserer Reparationsverpflichtungen zu schaffen, sondern daß es sich um Maßnahmen handele, die auch notwendig seien, wenn Deutschland keine Reparationen zu zahlen hätte.** Die Regierung aber dürfe bei der Durchführung ihrer Maßnahmen auch eine monatelange Unpopularität nicht scheuen, mit ihr zusammen müßten alle für das Wohl des Vaterlandes verantwortlichen Stellen den Mut zur Wahrheit und zur Verantwortung aufbringen.

Acht oder neun Jahre Höhere Schule?

Berlin, 27. November.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, antwortet in der „Börsenzeitung" auf einen offenen Brief des Oberstudiendirektors Dr. Pflug über die Frage, ob acht oder neun Jahre Höhere Schule.

In dem Schreiben heißt es: Die Höhere Schule lebt nicht auf einer Insel. Auch sie muß sich, wie wir alle, auseinandersetzen mit der Krise, in die Wirtschaft und Staat heute geraten sind. Und die Frage ist einfach da und verlangt Antwort, wo auch auf dem Gebiet des höheren Schulwesens Einsparungen vorgenommen werden können, wenn Staat und Gemeinden und Wirtschaft sie auf der Ausgabenseite aller Verwaltungszweige mit unaufschiebbarer Dringlichkeit verlangen.

Glauben Sie wirklich, ich dürfte so tun, als existiere das Problem der achtjährigen Höheren Schule, das in anderen Ländern doch bereits praktisch gelöst ist, bei uns nicht einmal als Problem? - Ich kann so um so weniger tun, als ich den Standpunkt, daß eine leistungsfähige Höhere Schule nur acht Jahre zu umfassen brauchte, schon vor Jahren auch literarisch, vertreten habe. Mag der Anstoß finanzieller Natur sein oder sonst wo herkommen, — eine Verkürzung der Dauer der Höheren Schule mache ich nur mit, wenn die Prüfung des gesamten Problems ergibt, daß die Einführung der achtjährigen Höheren Schule sachlich tragbar, allgemein politisch durchführbar und finanzpolitisch notwendig ist.

Litwinow zur Abrüstungssabotage

Der russische Außenkommissar in Berlin.

Berlin, 28. November.

Der russische Außenkommissar Litwinow ist auf der Durchreise nach Moskau in Berlin eingetroffen.

In einem Gespräch mit dem Berliner Vertreter der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion „Taß" äußerte sich Litwinow über die Gründe, die ihn veranlaßten, Genf noch vor Ende der Tagung des Vorbereitenden Abrüstungskomitees zu verlassen, sowie über seine Reise nach Mailand. Litwinow erklärte: Die Sowjetdelegation nahm aktiven Anteil an den Arbeiten des Abrüstungskomitees, solange auch nur noch die mindeste Aussicht bestand, dem sogenannten Entwurf einer Konvention über die Abrüstung realen Inhalt zu geben.

Als aber alle Ergänzungsanträge der Sowjetdelegation abgelehnt wurden und das Komitee die zweite Lesung der Artikel der Konvention, die sich unmittelbar auf die Verminderung der Rüstungen beziehen, beendete, war jede Hoffnung geschwunden. Es ist für uns klar geworden, daß der in Beratung befindliche Konventionsentwurf eher bei Beratungen über die Ablehnung jeder Abrüstung als Grundlage dienen kann, als für die Beratung einer wirklichen Herabsetzung der Rüstungen.

Der allgemeine Eindruck, den die Sowjetdelegation aus den Beratungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses gewonnen hat, ist der, daß gewisse Staaten, die Dank der zahlenmäßigen und qualitativen Ueberlegenheit ihrer Waffen eine herrschende Stellung in der Welt einnehmen und die bestrebt sind, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und auszudehnen, fest entschlossen sind, für keinen Fall ihre militärische Macht zu vermindern.

Eine Einmütigkeit ist aber nicht erreicht worden, infolge der besonderen Gegensätze, die zwischen den herrschenden Staaten selbst bestehen. Infolgedessen sind die im Abrüstungskomitee an den Tag getretenen Schwierigkeiten nicht behoben worden und fallen als Erbe der künftigen Weltabrüstungskonferenz zu.

Ueber seine Reise nach Mailand erklärte Litwinow, daß die seit sieben Jahren aufrecht erhaltenen und sich immer fester gestaltenden gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR. und Italien bei den Leitern der Außenpolitik beider Staaten die Notwendigkeit eines Gedankenaustausches über die gegenseitigen Beziehungen und über andere internationale Fragen, die beide Staaten interessieren, hervorgerufen haben. Derartige Zusammenkünfte können nur bei denen Beunruhigung hervorrufen, die unter der Maske der Friedensliebe bestrebt seien, die Sowjetunion oder andere Staaten zu isolieren oder zu schwächen. Man spreche von Paneuropa und zu gleicher Zeit bemängele und verurteile man die Bestrebungen zur Annäherung zwischen zwei europäischen Staaten!

Amtsbezirk Birkenwerder

Provinzialausschuß

Umorganisierung des Straßenwesens. — Feststellung der Hochwasserschäden.

Unter dem Vorsitz des Landrats Dr. Ufinger-Jüterbog hielt der Brandenburgische Provinzialausschuß im Landeshause zu Berlin eine längere Sitzung ab, an der auch der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. Maier, teilnahm. Nach längerer Beratung wurde vorbehaltlich der Genehmigung des Provinziallandtages der vom Landesdirektor vorgeschlagenen Umorganisierung des Straßenwesens der Provinz Brandenburg zugestimmt. Hiernach sollen die verkehrswichtigsten Provinzialstraßen unmittelbar von der Provinz, alle anderen Provinzialstraßen aber auftragsweise von den Kreisen verwaltet werden. Danach wurden sämtliche alten und neuen Provinzialstraßen neu eingruppiert. Anschließend erklärte sich der Provinzialausschuß mit einer Vorlage des Landesdirektors an den Provinzialausschuß mit einer Vorlage des Landesdirektors an den Provinziallandtag wegen eines zweckmäßigeren Ausbaues des Landwirtschaftsbetriebes bei der Landesanstalt Landsberg (Warthe) einverstanden. Der Antrag eines Kreises auf Niederschlagung des provinziellen Anteils an einem aus dem Landesmeliorationsfonds gewährten Korbweidendarlehn wurde abgelehnt, dagegen wurden die Provinzialanteile an zwei anläßlich der Uckermärkischen Unwetter-Notstandsaktion 1927 bewilligten Darlehn niedergeschlagen. Von der mangels einer Finanzierungsmöglichkeit gebotenen Zurückstellung der Regulierung der Welse von Pierraden, Krs. Angermünde, abwärts bis zur Kuhldamm-Brücke nahm der Provinzialausschuß zustimmend Kenntnis. Zur Befestigung des Steilufers der Oder bei Kunitz (Krs. Weststernberg) wurden entsprechend den Zuwendungen des Reichs und des Preuß. Staates 15 000 Rm. als rückzahlfreie Beihilfe aus Mitteln des Landesmeliorationsfonds bereitgestellt.

Alsdann nahm der Provinzialausschuß einen Bericht des Landesbaurats Blumenthal entgegen über das vorläufige Feststellungsergebnis der Hochwasserschäden im Gebiete der Provinz Brandenburg und über die Hilfsmaßnahmen, die auf Grund der Vorstellungen des Provinzialausschusses bei dem Oberpräsidenten veranlaßt worden sind.

Wettervoraussage für Sonnabend. Beständiges, ruhiges, am Tage mildes Wetter.

Sein 81. Lebensjahr vollendet am heutigen Freitag Herr August Wilke, Rathausstraße 23. Wir gratulieren!

Das Fest der silbernen Hochzeit feiert am heutigen Freitag der Hausbesitzer Herr Wilhelm Reiß mit seiner Gattin. Dem Jubelpaare, das in der Rathausstraße 23 wohnt und seit Jahrzehnten zu unserem treuen Abonnentenstamm zählt, auch unsererseits herzlichen Glückwunsch.

Ausführung gemeindlicher Arbeiten durch Erwerbslose. Die Gemeindeverwaltung läßt zurzeit durch erwerbslose Einwohner den Platz an der Wilhelm- und Rathausstraßeneck herrichten. Erwerbslose Mitbürger sind auch damit beschäftigt, an der Briesepromenade ein Bollwerk aufzuführen, so daß es in Kürze möglich sein wird, den von der Hauptstraße abzweigenden Briesesteig bis zur Humboldtallee durchzuführen. Im übrigen werden von der Gemeindeverwaltung Facharbeitskräfte dort eingesetzt, wo es zur Erledigung dringender Arbeiten notwendig ist.

Der verworfene Einspruch. Große Sperrschilder stehen am Ein- und Ausgange der Straße am Rathause. Sie werden aber von den Fuhrwerksbesitzern wenig beachtet. Auch der Kraftdroschkenbesitzer Hermann L. aus Berlin durchfuhr diese für den Automobildurchgangsverkehr gesperrte Straße und wurde deshalb von dem Amtsvorsteher mit einer Strafverfügung über 10 Mark bedacht. Mit seinem Einspruch hatte er keinen Erfolg. Der Oranienburger Strafrichter bestätigte die vom Amtsvorsteher festgesetzte Geldbuße.

Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt hatte sich der Glasschleifer Waldemar Gr. vor dem Oranienburger Strafrichter zu verantworten. Der Angeschuldigte unternahm an einem Julitage eine Bierreise und traf auf der Straße mit dem Oberlandjäger Koslowski zusammen. Der Polizeibeamte forderte Gr. auf, weiterzugehen. Dieser Aufforderung leistete er aber keine Folge, sondern stieß den Oberlandjäger vor die Brust. Es kam zu einem Handgemenge, das beide zu Fall brachte. K. mußte vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Gr. gab vor dem Strafrichter an, sinnlos betrunken gewesen zu sein; das wurde ihm aber durch den Oberlandjäger widerlegt. Das Urteil lautete auf 30 Mark Geldstrafe, evtl. 6 Tage Gefängnis.

Vorsicht ist auch die Mutter der „Steinguttiste". Der „Veltener" machte am Donnerstag in Birkenwerder wieder seine Runde. „Der Veltener"? Die Hausfrauen kennen ihn genau. Und für die Herren sei bemerkt: Der „Veltener" ist ein Händler, der seine Ware aus den Veltener Steingutfabriken und den Hael-Kunstwerkstätten in Marwitz bezieht und sie auf seinem Lastwagen in der Umgegend, auch in Birkenwerder, an ganz bestimmten Tagen und zu genauen Stunden anbietet. Also dieser „Veltener" hielt an der Sparkasse und entfernte sich von seinem Wagen. Durch irgendeinen Umstand — oder waren sie nicht fest angezogen — lösten sich die Bremsen, das Auto rollte selbständig die Rathausstraße hinunter und landete schließlich an einem Lichtmast an der Straße am Rathause. Der Materialschaden war nur gering. Der linke Kotflügel des Autos wurde eingedrückt, die Vorderachse etwas verbogen und ein kleiner Teil der Steingutwaren durch den Anprall zerstoppert (wie man in der Töpperstadt Velten sagt).

In vier Wochen Weihnachten! „Ist's möglich?" fragen wir uns, die wir vor Hasten und Jagen kaum zum Bewußtsein der Weihnachtsnähe gekommen sind und uns schon Fragen vorlegen müssen, die eine baldige Beantwortung fordern. Größere Handarbeiten für das nahende Fest wollen bereits jetzt begonnen sein; vor allem aber muß nun energisch gespart werden, soll der Weihnachtsmann etwas Rechtes anzuteilen haben. Die Moneten dürften in diesem „Jahre des Heils" freilich dünn gesät sein, und es will scheinen, als sehe manches Familienoberhaupt, manche sorgende Mutter recht ernst in die Zukunft. Auch allzu groß waren die Nöte und Sorgen dieser für manche Menschen geradezu katastrophalen Zeit! Aber es hilft nichts; der „Weihnachtsmonatswechsel" ist in vier Wochen fällig, und es gäbe einen „Protest" auszugleichen, wenn es an der nötigen „Deckung" des Tisches fehlen sollte. — Helfend springt bei den großen Erwägungen und der genauen Geschenkauswahl der Weihnachts-Anzeiger unserer Zeitung ein, der am 7., 14. und 21. Dezember mit den wohlfeilen Angeboten unserer leistungsfähigen heimischen Geschäftswelt erscheint.

Versammlung der Nationalsozialisten. Die zum Dienstag nach dem „Waldschlößchen" einberufene Versammlung gestaltete sich wie man uns schreibt, zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Pg. Heermann (Malz) wollte vor den zahlreich erschienenen Zuhörern verschiedene Probleme der heutigen Zeit auf, umfhiermit die Notwendigkeit der Nationalsozialistischen Partei zu begründen. Die Arbeit der Nationalsozialisten um das Vertrauen der Bevölkerung ruhe nicht nach der Wahl. Die Volksgenossen müßten über das Geschehen im Reichstag unterrichtet werden. Die Nationalsozialistische Partei wisse sich von dem Vorwurf des Paktierens mit anderen Parteien frei. Stets sei ihr Ziel: Allgemeinwohl geht vor Eigenwohl! In der Nationalsozialistischen Partei befänden sich alle Schichten der Bevölkerung. Das üble Kastenwesen sei hier nicht vorhanden. Ein Staat und Volk könne sich nur halten, wenn es eine einheitliche Nation sei. Mit den heutigen Zuständen im deutschen Reich seien ganz bestimmt 95 Prozent der Bevölkerung nicht zufrieden. Wenn sich auf seine Pflicht besinne, dann werde auch die Zukunft besser sein, man könne dann getrost mit gutem Mut in die Zukunft sehen, die ein besseres Deutschland bringen werde. Beifall dankte dem Redner für seinen Vortrag. In der anschließenden Diskussion wurde über die Finalrechtschaft und den Zinsendienst, die Wirtschaftsanschauung der Nationalsozialisten und die Bekämpfung des Youngplanes gesprochen. Nach der Behandlung des Arbeitslosenproblems wurde die Versammlung mit dem Hinweis geschlossen, daß an den Sprechabenden der Partei über solche Einzelfragen Aufklärung gegeben werde.

Der Lieder- und Arienabend von Nora Hengstenberg am Mittwoch in Biens Konzertsaal zu Oranienburg war gut besucht und brachte den ausübenden Künstlern einen vollen Erfolg, den zahlreichen Zuhörern einen künstlerischen Genuß. Nora Hengstenberg sang, von Herrn Alfred Knopf dezent begleitet, Lieder und Arien, damit reichen Beifall einheimsend. Lisa Staerke fand mit ihren meisterhaften Klaviervorträgen großen Anklang.

Ein Kursus in Tanz- und Anstandslehre, der sich auf vier Monate erstreckt, beginnt am Montag, dem 1. Dezember, im Restaurant „Bodensee", und zwar unter der Leitung des Lehrers der Tanzkunst Herrn W. Raifschneider. Die Freunde der Göttin Terpsichore werden die Gelegenheit, einen Tanzkursus im Orte absolvieren zu können, sicher nicht ungenutzt vorübergehen lassen.

Die Kammerlichtspiele bringen auch diesmal wieder zwei Filme von Rang zur Vorführung. Das Hauptwerk ist „Die keusche Sünderin", ein Unterhaltungsfilm, bei dem man sich wirklich ausgezeichnet unterhält. Es ist lustig, reizend und appetitlich, wenn dieser drollige Fledermisch, Colleen Moore, hinter dem Ladentisch steht und Hosenträger verkauft, solange sie wie ein übermütiger kleiner Teufel Charleston strampelt und auf eine sehr süße und herzhaft natürliche Weise mit ihrem Jimmy flirtet; wenn sie Krach macht. — „Hoheit inkognito" ist die Geschichte zweier „wirklicher" und einer „falschen" Hoheit, zweier Hoheiten mit Wappen und Ahnen und einer „Hoheit" aus der Welt der internationalen Revue-Bühnen. Ein lustiges Spiel der Verwechslungen mit der entzückenden Constance Talmadge in der Hauptrolle, deren Schalk und beseelte Anmut auch hier wieder faszinierend wirkten.

Schlachtefest bei Fromm. Zur Abwechslung eine neue „Saison", die Zeit der Schlachtefeste, der Eisbein- und Wurstessen. Den Reigen dieser Veranstaltungen eröffnet Herr Paul Fromm mit einem für den morgigen Sonnabend angesetzten Schlachtefest, zu dem er Bekannte, Freunde und Gönner im vorliegenden Anzeigenteil einladet.

22. Stiftungsfest des Birkenwerder Ballspiel-Clubs. Diesmal laden unsere Fußballer nicht zum Kampf, sondern zu einer rein geselligen Veranstaltung, zur Feier ihres 22. Stiftungsfestes ins Restaurant „Waldschlößchen". Die große Fußballgemeinde wird sich denn auch am morgigen Sonnabend bei Reeck recht zahlreich einfinden, da ja bei unseren BSC-Leuten nicht nur auf dem grünen Rasen, sondern auch auf dem Parkett angenehme Ueberraschungen nicht ausgeschlossen sind.

Die Milch wird teurer. Preissenkung — großes Schweigen, Preisaufbau — davon eine Kostprobe: Die Milch wird vom Sonntag ab teurer, das Liter kostet wieder 30 Pfennig. „Die Preiserhöhung im Kleinhandel ist durch die Erhöhung des Grundpreises seitens der Landwirtschaft um zwei Pfennig je Liter bedingt". Das ist die kurze Mitteilung des Verbandes des Vereinigten Berliner Milchhandels, die dem Konsumenten alles plausibel machen soll. Wie soll der Konsument für die Berechtigung der Erhöhung Verständnis finden, wenn selbst die Milchhändler in unserem Verbreitungsgebiet von der Verlautbarung des Verbandes überrascht sind. Also Preisaufbau statt Preisabbau!

Vorgsdorf. Bei der letzthin vorgenommenen Personenstandsaufnahme wurden in unserer Gemeinde 1701 Einwohner gezählt, und zwar im alten Dorf 499, im Ortsteil am Bahnhof 694 und in der Siedlung 508 Personen.

Lehnitz

Sitzung der Gemeindevertretung.

Unsere Gemeindevertretung tagte am gestrigen Donnerstag im Restaurant Hildebrandt. Herr Gemeindevorsteher Becker eröffnete die Sitzung mit den üblichen Formalitäten und der Feststellung der Beschlußfähigkeit und verlas dann das Protokoll der Sitzung vom 25. August, das mit einer von Gv. Hinkel beantragten Einfügung genehmigt wurde. — Zu Punkt 1 der Tagesordnung erklärte der Gemeindevorsteher, daß er beim Kreisausschuß beantragt hätte, der Kreissparkasse die Genehmigungsurkunde zur Umwandlung des für die Kaiser-Wilhelm-Straße aufgenommenen Kredites in eine feste Anleihe zu übermitteln. Nachdem die Kreissparkasse die Urkunde erhalten hatte, erklärte sie sich bereit, das Darlehen in Höhe von 14 000 Mark zu 8 Prozent Zinsen p. a. zu folgenden Bedingungen zu gewähren: Die Zinsen sind in vier Raten jeweils bis zum 20. des ersten Monats jeden Kalendervierteljahres zu zahlen, die Rückzahlung hat nach dreimonatiger Kündigung eines der Vertragspartner zu erfolgen, ab 1. Januar 1931 ist das Darlehen mit 1½ Prozent im Jahr zuzüglich der ersparten Zinsen zu amortisieren. Nach einem entsprechenden Antrag der Gemeindevertretung auf Gewährung der Anleihe zu diesen Bedingungen wird der Vorstand der Kreissparkasse endgültig über die Hergabe des Geldes befinden. Gegen eine Stimme wurde beschlossen, den Vorschlag anzunehmen und den Antrag zu stellen. — Zur Neuwahl der Beisitzer des Mieteinigungsamtes hatte nur der Ortsverein fristgemäß einen Vorschlag eingereicht; die Vorschläge des Villenbesitzervereins und des Vereins für Grundbesitz und Bürgertum wurden erst nach Ablauf der Frist (15. September) gemacht. Gv. Ruderisch beantragte, diese verspäteten Vorschläge nicht zuzulassen. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Mit demselben Stimmenverhältnis wurden die vom Ortsverein vorgeschlagenen Herren Nieder und Aug. Bergemann als Mieterbeisitzer gewählt. Als Vermieterbeisitzer schlug Gv. Schmidt die Herren Werner und Knauß vor, während Gv. Ruderisch die Herren Froehlich und Thomas vorschlug. Diese Vorschläge deckten sich mit den nicht zugelassenen des Villenbesitzervereins und des Vereins für Grundbesitz und Bürgertum. Während der erste Vorschlag mit 10 gegen 2 Stimmen der Ablehnung verfiel, wurde der zweite mit 7 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. — Ueber die am 6. November vorgenommene Kassenprüfung, die zu Beanstandungen keinen Anlaß gab, erstattete Gv. Ruderisch Bericht. Gv. Hinkel bat, ihn von dem Amte eines Kassenprüfers zu entbinden, weil er als Reichstagsabgeordneter nicht über die genügende Zeit verfüge; auf die Vorstellungen des Gemeindevorstehers hin behielt er aber den Posten bei. Der Gemeindevorsteher gab kann Kenntnis von einer am 24. November durch Herrn Oberamtmann Rötich im Auftrage des Kreisausschusses vorgenommenen Revision der Gemeindekasse. Auch diese Kassenprüfung ergab keinen Anlaß zu irgendwelchen Beanstandungen. — Der Punkt 4, Beschlußfassung über den Antrag von Frl. Volkmann auf Umbenennung ihres Grundstückes Kaiser-Wilhelm-Straße 1, wurde nach längerer, zeitweise recht lebhafter Debatte auf Antrag des Gemeindevorstehers von der Tagesordnung abgesetzt und soll in der nächsten Sitzung behandelt werden. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Tatsache, daß die Verlängerung der Kaiser-Wilhelm-Straße, von der Dianastraße bis zum Mühlenbecker Weg ohne eigentlichen Namen ist, zur Sprache. Verschiedene Gvv. machten Vorschläge für eine eventuelle Namensgebung, die allerdings nicht akzeptiert wurden, so u. a. Stresemannstraße, Hitlerstraße und Notverordnungsstraße (letzteres mit bezug auf den 18. September, den Tag des Inkrafttretens der Notverordnungen). — Die Verhandlungen der Kommission mit dem MEW wegen der Erweiterung des Licht- und Wasserleitungsnetzes haben bisher wenig Positives gezeitigt. Dem zwischen der Gemeindeverwaltung und dem MEW gepflogenen Briefwechsel ist zu entnehmen, daß das letztere sich neuerdings zur Erweiterung bereit erklärt hat und die nötigen Vorarbeiten aufnehmen wird. — Die Gemeindevertretung beschloß nach eingehender Beratung, dem Wasserbauamt Eberswalde vorzuschlagen, die Brückenlichte anhalt, wie beantragt, an das Ortsnetz an das Transformatorenhaus direkt anzuschließen, da die Stromentnahme aus dem Ortsnetz nach Ansicht der Wegebaukommission nicht das Richtige ist. — Die Beratung des Punktes „Bepflanzung des Birkenwerder Weges mit Bäumen" gab Anlaß zu sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gvv. Für die Bepflanzung (es kommen Linden in Frage) sind sowohl von hiesigen als auch von auswärtigen Firmen Kostenvoranschläge eingeholt worden. Diese differieren zwischen 675 und 1380 Mark. Die Gemeindevertretung war dafür, die Ausführung einer ortsansässigen Firma zu übertragen. Die Vergebung des Auftrages wird in der nächsten Sitzung erfolgen. — Unter Punkt 8 der Tagesordnung gab der Gemeindevorsteher Kenntnis von verschiedenen Verwaltungsangelegenheiten. Das Protokoll der letzten Sitzung der Wegebaukommission, das auf Antrag des Gv. Schmidt verlesen wurde, fand einstimmig Annahme. Die Wegebaukommission wird am Sonntag eine Besichtigung des Havelkorsos, der sich in einem unwegsamen Zustand befindet, vornehmen, um sich an Ort und Stelle über die Behebung des Mißstandes schlüssig zu werden. Der Gemeindevorsteher nahm dann noch einen Antrag des Gv. Hinkel, sich bei der Reichsbahn und dem Verkehrsverband Niederbarnim für die Ausdehnung der Geltungsdauer der Siedlerfahrkarten auf das ganze Jahr einzusetzen, sowie einen Antrag, bei der Firma Rummel-Oranienburg wegen der Wiederinstandsetzung der bei dem Anfahren des Pflastermaterials für den Birkenwerder Weg zerfahrenen Wege vorstellig zu werden, entgegen und schloß die öffentliche Sitzung mit der Bekanntgabe des Termins der nächsten Zusammenkunft (11. Dezember). Der Ankauf von Gelände zur Verbreiterungdes Birkenwerder Weges und Wohlfahrtsangelegenheiten bildeten den Gegenstand der sich anschließenden geheimen Beratung.

Neupflasterung der Rampe zur Kanalbrücke. Wenn mehrere Behörden gemeinsam arbeiten wollen, kommt es sehr leicht zu Kompetenzkonflikten. Eine röhmliche Ausnahme bietet die Instandsetzung bezw. Neupflasterung der Rampe zur Kanalbrücke auf der Seite unserer Gemeinde. Das Pflaster befand sich hier wirklich in einem scheußlichen Zustand und verschlechterte sich von Tag zu Tag. An der Instandsetzungsarbeit waren nicht weniger als drei Behörden beteiligt, nämlich der Kreis, die Stadt Oranienburg und die Wasserbauverwaltung. Sie haben musterhaft zusammengearbeitet, und dieser Einmütigkeit ist es zu verdanken, daß wir uns augenblicklich des neuen Dammes freuen können.

Amtsbezirk Schönfließ

Bergfelde, den 28. November 1930.

Elternhaus und Schule: Die Arbeit am Kinde.

Das Heimatmuseum — Die Singstunde — Der moderne Malunterricht.

Der Blick ist auf die Jugend gerichtet, und größer als je ist heute das Interesse, das der Schule entgegengebracht wird. Schule und Elternhaus, das ist nicht etwa ein abgegrifffenes Schlagwort, sondern die enge Verbundenheit wird in gemeinsamer Arbeit ausgewertet, zu Nutz und Frommen unserer Kinder.

Recht interessant, unterhaltend, lehr- und aufschlußreich war auch wieder der am Donnerstag in der Schule stattgehabte Elternabend, der von Herrn Dr. Berndt, dem Schulleiter, in humorvollen Worten mit Hinweisen auf das Heimatmuseum und die öffentliche Singstunde eröffnet wurde.

Das Heimatmuseum. Der Grundstock zur Heimatsammlung ist bereits gelegt, die Sammlungen werden fortgesetzt. Herr Dr. Berndt zeigte an Hand verschiedener Beispiele, wie die für den dem Schulleben Fernstehenden belanglosen Gegenstände für die Schule von größter Wichtigkeit sein können. Nehmen wir z. B. einen Papierbindfaden. Wir alle kennen ihn aus dem unseligen Kriege, zum Teil aus der Nachkriegszeit. Aber unserer heranwachsenden Generation ist der Gedanke an ihn längst entschwunden, viele Kinder kennen ihn überhaupt nicht. Ein Feldpostpäckchen; es hat den Adressaten nicht mehr erreicht, da er vermißt und in einem Lazarett verstorben war. Eine Kriegserinnerung, die gleichzeitig die ganze Tragik des Völkerringens kennzeichnet. Die kleine G. Sch. hat ein Hornissennest gefunden und ihre Eindrücke und Erlebnisse bei der „Bergung des Fundes" in einem Bericht niedergelegt. Eine schöne Bereicherung des Heimatmuseums, Mittel zum Zweck, Gegenstand des Anschauungsunterrichts.

Und die öffentliche Singstunde. Zwanglos finden sich die Teilnehmer an den Donnerstagen in der Schule ein. Ganz treffend ist das von einem Teilnehmer verfaßte Lied, das nach der Melodie „Die Vogelhochzeit" gesungen wird und dessen Refrain man gestern kräftig mitsummte. Wir greifen einige Verse heraus:

Wir singen jetzt in froher Rund
Ein Lied von uns'rer Sing-Sang-Stund.

Die Flöte bläst Herr Dr. Berndt,
Sechs Jungens haben's schon gelernt.
(Den andern werden nun mit Macht
Die Flötentöne beigebracht.)

Herr Winter ist der Geigersmann,
Er fiedelt lustig, was er kann.

Und Schumanns Pappi klimpert auch
Auf seinem Mandolinenbauch.

Dazu singt lustig jung und alt,
Daß es durch ganz Bergfelde schallt.
Manch neues Verslein ward erdacht,
Da haben wir uns schief gelacht.

Die Lotte, Hilde, Käthe Frig,
Verzapfen manchen Sing-Sang-Witz.

Genug davon. Das Lied hat noch mehrere Verse, und zu jeder Sing-Sang-Stunde werden neue Strophen aufgetischt.

Ha! ha! ha! ha! ha! Unsern Jubel ruft das Echo uns zurück. Laßt uns fröhlich sein und lachen, denn nicht ewig währt das Glück. Diesen Lachkanon zu drei Stimmen kannten wir schon vom letzten Elternabend, und der gemeinsame Gesang klappte denn auch. Noch einige Liedchen, zu denen Herr Dr. Berndt die Flöte blies und Herr Lehrer Winter die Geige strich, und dann wurde die praktische Arbeit aufgenommen.

Herr Dr. Berndt sprach dann im Zusammenhange mit der modernen Schule, den neuen Erziehungsmethoden über den Mal- und Zeichenunterricht. Gerade der Zeichenunterricht wird, ebenso wie der Schreibunterricht der modernen Schule, teilweise verkannt und daher gedankenlos und ungerechtfertigt kritisiert. Um so dankbarer waren die Eltern dem Schulleiter für seine von tiefem Wissen und großem Können durchdrungenen Ausführungen, die durch die im Lichtbild gezeigten Schülerarbeiten eine weitere Erläuterung fanden. So mancher Wink wurde gegeben; er wird in die Tat umgesetzt und das für Elternhaus und Schule gemeinsame Ziel fördern: Arbeit am Kinde.

Den Abschluß des Vortrages bildete das übliche Frage- und Antwortspiel. Und dann wurde der Elternabend mit dem gemeinsam gesungenen Liede „Der Kehraus" geschlossen. — Wann laden Sie zu der nächsten Elternzusammenkunft, Herr Dr. Berndt? Hoffentlich recht bald!

---

b **Sonnabend bis Montag Rattenvertilgungstage.** Unseren Lesern ist ja aus den verschiedenen Notizen der Bergfelder Zeitung bekannt, daß am Sonnabend, Sonntag und Montag ein Feldzug gegen die Ratten zu unternehmen ist, selbst dann, wenn sich auf den Grundstücken in letzter Zeit Ratten nicht gezeigt haben. Mit der Auslegung der Vertilgungsmittel soll möglichst schon heute begonnen werden; sie muß aber spätestens morgen, Sonnabend, um 2 Uhr nachmittags, erfolgt sein. Den Kleingarten- und Wochenendhausbesitzern, die außerhalb des Gemeindebezirks, in dem sie ihre Grundstücke haben, wohnen, ist es gestattet, die Vertilgungsmittel noch bis Sonntag, nachmittags 2 Uhr, auszulegen. Die Verwendung von Phosphor, Arsenik, Strychnin- und Fluor-Präparaten ist wegen ihrer Gefährlichkeit für Menschen und Tiere verboten. Die Amtsverwaltung gibt daher auch keine Giftscheine mehr aus. Die übrigen Vorschriften, deren Außerachtlassung Bestrafung nach sich zieht, sind ja bekannt. Jedoch sei noch einmal darauf hingewiesen, daß in Abwesenheit der zur Auslegung Verpflichteten in jedem Falle eine andere Person in der Lage sein muß, diejenigen Stellen, an denen die Vertilgungsmittel ausgelegt sind, dem Kontrollbeamten zu bezeichnen.

b **Großes Staunen über die erhöhten Kehrgebühren.** Seit dem 1. Oktober ist eine Neueinteilung der Kehrbezirke erfolgt, seit dem 1. Oktober haben wir einen neuen Bezirksschornsteinfegermeister, seit dem 1. Oktober haben wir aber auch erhöhte Kehrgebühren zu zahlen. Das kam uns so deutlich am Donnerstag zum Bewußtsein, als der neue Bezirksschornsteinfegermeister in Bergfelde seine erste Runde machte. Manchem Hausbesitzer soll ob der manchmal 100prozentigen Erhöhung der Kehrgebühren die Spucke (Sprache) weggeblieben sein. Uns wird berichtet, daß ein Hausbesitzer, der bisher für das Kehren 50 Pfennig zahlte, diesmal 1,10 Mark berappen mußte. Und dieser Fall soll nicht vereinzelt dastehen. Uns ist bekannt, daß Schornsteinfegermeister, sobald sie in einem anderen Orte als der Wohnsitzgemeinde tätig sind, die Sätze um 30 Prozent hinaufschrauben können. Angenommen, von dieser Zubilligung hätte der „alte" Schornsteinfegermeister keinen Gebrauch gemacht, so kämen aber immer noch nicht die gestern verlangten Steigerungsbeträge heraus. Im Zeichen des Preisabbaues (Schlagwort?!) ist jedenfalls eine Begründung, „wir hätten früher zu wenig gezahlt", fadenscheinig und eine Erhöhung ungerechtfertigt.

Amtsbezirk Hohen Neuendorf

Um die Straßenpflasterung ist es seit der Etatsberatung wieder recht still geworden. Damals wurde mit allen Mitteln versucht, die Verwaltung von der Notwendigkeit weiterer Ausbaumaßnahmen zu überzeugen. Das Ergebnis aller dahin zielenden Bestrebungen war, daß 25 000 M. für Straßenpflasterungen in den außerordentlichen Etat eingesetzt wurden. Nach Genehmigung des Etats ist von der Aufnahme einer Anleihe nichts bekannt geworden. Es ist bekannt, daß seinerzeit mit den Anliegern einer Reihe von Straßen über Pflasterungen Verhandlungen stattgefunden haben. Der Versuch der Verwaltung, die Anlieger zur Uebernahme der Kosten zu bewegen, blieb ohne Erfolg. Weitere Verhandlungen, die auf Teilpflasterung von Straßen hinzielten, hatten dasselbe Ergebnis. Soll nach den Wünschen der Antragsteller noch in diesem Jahre positive Arbeit geleistet werden, so ist Aufklärungsarbeit innerhalb der interessierten Grundbesitzervereine von größter Wichtigkeit. Vielleicht wäre auch noch der Gedanke in Erwägung zu ziehen, ob durch die Pflasterung in halber Straßenbreite den Wünschen der Anlieger hinsichtlich der Erweiterung von Baugenehmigungen Rechnung getragen werden könnte. Worte über den Ausbau von Straßen sind sowohl in der Gemeindevertretung als auch in den Vereinen mehr als genügend gewechselt worden. Sache der Antragsteller und auch der Vereine dürfte es nun sein, jetzt endlich einmal zur praktischen Arbeit überzugehen. Nun heißt es wirklich positive Arbeit leisten, wenn der Beschluß über die Anleihe von 25 000 M. nicht nur ein Antrag bleiben soll.

Im Einspruchstermin herabgesetzte Strafe. Die Eigentümerin Wanda W. hatte ihr Haus vor der Rohbauabnahme putzen lassen. Da dies nicht statthaft ist, wurde sie von dem Amtsvorsteher mit einer Geldbuße von 30 Mark belegt. Frau W. erhob gegen die Strafverfügung mit der Begründung Einspruch, das Abputzen sei ohne ihr Wissen erfolgt. Da W. als Bauherrin die Verantwortung zu tragen hat, mußte auch das Gericht zu einer Verurteilung kommen. Die Strafe lautete auf 10 Mark Geldbuße, evtl. 2 Tage Haft.

In der gutbesuchten Mitgliederversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins nahm der 1. Vorsitzende, Herr Kühn, ausführlich zur Frage der Hypothekenregelung Stellung. Er bewies in seinen Ausführungen an zahlreichen Beispielen die unbedingte Notwendigkeit der Einführung von Beratungsstellen. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß Herr Knopke den Mitgliedern in dieser Angelegenheit mit Rat und Tat zur Seite stehen wolle. Einen breiten Raum nahmen auch die Ausführungen des Referenten über die Auswirkungen des Reichsfinanzprogramms für den Hausbesitz und die Darlehnsvergebung durch den Staat an den Altbesitz ein, die zu einer lebhaften Aussprache führten. Eine weitere Aussprache betraf die Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit für Lastzüge im Sinne der Verfügung des Landrats, zum andern wurde über den Schornsteinfegertarif und über schlechtes Kehren Beschwerde geführt. Es soll versucht werden, durch die Gemeindevertretung eine Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit zur Abwendung weiterer Schädigungen an den Häusern zu erreichen, im anderen Falle wurde den Mitgliedern empfohlen, bei erneuten Anlässen mit einer Beschwerde beim Bezirksschornsteinfegermeister vorstellig zu werden. Anschließend nahm sodann Gv. Wolter das Wort, um nach einem Bericht über die letzte Kreistagssitzung zur Frage der Wahl des stellvertr. Gemeindevorstehers ausführlich Stellung zu nehmen, wobei er die Haltung des Gemeindevorstehers und des Gv. Röhe, durch deren Stimmen die Wahl des Schöffen Trosse zum stellvertr. Gemeindevorsteher ermöglicht wurde, einer scharfen Kritik unterzog. Nach weiteren Ausführungen des Gv. Wolter über belanglose kommunale Angelegenheiten konnte die Aufnahme von 5 neuen Mitgliedern vorgenommen und nach einem Gedenken für die verstorbenen Mitglieder Schmidt und Kadow die Sitzung geschlossen werden.

Der Vaterländische Frauenverein hält am Montag abend um 8 Uhr im Restaurant „Zur Klause" eine Mitgliederversammlung ab.

Richter aus Rache erschossen

Der aufsichtsführende Richter des Eberswalder Amtsgerichts, Amtsgerichtsrat Professor Göcke, wurde am Donnerstagmittag vor dem Portal der Forstlichen Hochschule in Eberswalde von dem Friseur Bornstein aus der Stettiner Straße durch einen Schuß in den Kopf niedergestreckt. Der Täter war auf Amtsgerichtsrat Göcke mit den Worten zugetreten: „Sie haben mich ruiniert" Gleich darauf zog er seinen Revolver und schoß. Der schwerverletzte Richter wurde sofort in das Augusta Viktoria-Heim geschafft, wo er verstarb.

Der Täter ist seit Jahren als Querulant und sogenannter Prozeßhansel bekannt. Bornstein prozessierte wegen zahlreicher Kleinigkeiten mit allen möglichen Personen. In der letzten Zeit waren mehrere Klagen, die Bornstein gegen seine Nachbarn angestrengt hatte, abgewiesen worden, ebenso die von ihm bei Amtsgerichtsrat Göcke eingelegten Beschwerden, da sie völlig unbegründet waren. Der Täter wurde von einem Forststudenten, der gerade aus dem Portal der Forstlichen Hochschule herauskam, vor der das Attentat verübt wurde, entwaffnet und festgehalten. Als er abgeführt wurde, äußerte er: „Den habe ich endlich erledigt". Irgendeine Gemütsbewegung war bei dem Täter nicht zu bemerken.

Amtsgerichtsrat Göcke erfreute sich in Eberswalde größter Beliebtheit. Er wirkte seit mehr als 25 Jahren am Eberswalder Amtsgericht und war außerdem noch Honorarprofessor an der Forstlichen Hochschule. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht. Amtsgerichtsrat Göcke war verheiratet und hinterläßt mehrere Kinder. Er befand sich gerade auf dem Wege zur Forstlichen Hochschule, um, von längerer Krankheit genesen, seine erste Vorlesung in diesem Semester zu halten. Der Täter hat bereits wegen Geisteskrankheit in einer Irrenanstalt gesessen, war aber später wieder entlassen worden.

Tumulte im Berliner Rathaus

Am Donnerstagabend kam es in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zu außergewöhnlichen Ausschreitungen. Der Kommunist Kasper verlangte, daß das Haus sofort in eine Erwerbslosendebatte eintrete und einen sozialdemokratischen Antrag über Belieferung aller Bedürftigen mit Winterfeuerung berate. Die Tribünenbesucher unterstützten den Antrag durch derartigen Lärm, daß die Polizei die Tribünen räumen mußte.

Der Tumult steigerte sich schließlich derartig, daß die Polizei die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion aus der Sitzung entfernte. Dabei kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf 5 Polizeibeamte leicht verletzt wurden. Unterdessen hatten sich im Vorsaale des Sitzungssaales Erwerbslose eingefunden, die aus Tischen und Stühlen eine Barrikade errichteten, die von der Polizei beseitigt werden mußte. Der Tumult währte lange bis wieder Ruhe eintrat.

Raubüberfall in einem Berliner Hotel

Berlin, 28. November.

Im Schankraum eines Hotels in Berlin-Steglitz wurde Donnerstag von zwei Männern, die als einzige Gäste anwesend waren, ein Raubüberfall auf den Hotelbesitzer verübt. Einer der Verbrecher begab sich nach Begleichung der Zeche an den Schanktisch und bestellte noch Zigaretten. Als der Wirt nach Verabreichung des Gewünschten seine Geldkassette abgeschlossen hatte und wieder aufblickte, sah er einen Revolver auf sich gerichtet. Gleichzeitig rief ihm der vor dem Schanktisch stehende Gast zu: „Heraus mit dem Gelde!" Der Hausdiener, der gerade die Tische abdecken wollte, sprang dem Verbrecher auf den Rücken und brachte ihn zu Fall. Der Räuber verletzte ihn durch Schüsse schwer am Knie. Der Helfershelfer des Verbrechers suchte inzwischen durch einen Nebenausgang das Weite. Eine durch die Schüsse herbeigerufene Polizeistreife befreite den schwer bedrängten Hausdiener und nahm den Räuber fest. Es handelt sich um einen 28jährigen Hotelangestellten Willy Meier, der aus Stuttgart stammt.

Bei der Mensur überrascht

300 Berliner Studenten festgestellt

Berlin, 27. November

Mittwochvormittag wurde der Polizei mitgeteilt daß sich in einem Saal des Berliner Ostens eine große Zahl von Studenten versammelt habe, die dort ihre Mensuren ausfechten wollten. Die Polizei überraschte etwa 300 Studenten und stellte sie fest. Eine große Anzahl von ihnen, die nicht im Besitze von Ausweisen waren, mußte den Weg nach dem nächsten Polizeirevier antreten, wo weitere Feststellungen erfolgten. Drei Studenten, die man direkt bei der Mensur überrascht hatte, werden sich wegen Beteiligung an der verbotenen Mensur zu verantworten haben. Die Polizei hat ferner umfangreiches Paukmaterial beschlagnahmt.

Berlin unter Zwangsverwaltung

Ernennung von zwei Staatskommissaren.

Berlin, 28. November

Der Oberpräsident von Brandenburg und von Berlin hat, wie wir von unterrichteter preußischer Seite erfahren, die Oberregierungsräte Dr. von Stein und Dr. Koppen zu Staatskommissaren zur Verbesserung der Haushalt- und Kassenlage der Reichshauptstadt bestellt. Dr. von Stein ist die Ausübung der Rechte des Magistrats und Dr. Koppen die Ausübung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung übertragen worden. Die beiden Staatskommissare haben den Auftrag erhalten: 1. die Erhebung der Bürgersteuer für 1930 in Höhe des Landessatzes durchzuführen und 2. die Einführung der Gemeindegetränkesteuer nach der Musterordnung mit einem Satz von 10 Prozent ab 1. Dezember d. J. zu bestimmen. Da die Haushalte der Jahre 1930 und 1931 nicht zu trennen sind, so werden die beiden Staatskommissare gleichzeitig auch für das nächstjährige Haushaltsjahr bestellt mit dem Auftrag, die Grundvermögensteuer auf 312 Prozent für das Jahr 1931 zu erhöhen.

Aus der Mark.

Oranienburg. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung eine Erhöhung des Schulgeldes für das Realgymnasium auf 250 Mark für einheimische und 312,50 Mark für auswärtige Schüler und lehnte gegen 7 Stimmen die Einführung der Bürgersteuer ab. Ohne die Bürgersteuer wird aber der Stadtkämmerer infolge der verminderten Einnahmen und der vermehrten Ausgaben — Zeichen der Not, in der sich fast alle deutschen Städte und Gemeinden befinden — nicht haushalten können. Es ist auch damit zu rechnen, daß diese allseitig verpönte Kopfsteuer zwangsweise „von oben" diktiert wird. Arme „Selbstverwaltung"!

Velten. Die Gemeindevertretung lehnte in ihrer letzten Sitzung die Erhebung der Bürgersteuer zum zweiten Male ab, diesmal gegen drei 7 Stimmen der Rechten. Dem Beschlusse ging eine sehr lebhafte Aussprache voran, in der die KPD die Bürgersteuer glattweg ablehnte, die SPD Beschlußaussetzung forderte und die Rechte den Wunsch auf Etatsabstrich zum Ausdruck brachte. Nach den Mitteilungen des Gemeindevorstehers sind im Haushaltsplan 35 000 Mark eingespart worden. Die Zahl der Erwerbslosen ist auf 780, die der Zuschlagsempfänger auf 850 gestiegen, ferner habe die Gemeindeverwaltung Personaleinschränkungen vorgenommen.

Glienicke. Die Arbeiter Hans L. und Paul W. aus Wittenau erschienen am 9. September in der Wohnung des Oberlandjägers Timm, um ein beschlagnahmtes Motorrad abzuholen. Sie trafen aber den Polizeibeamten nicht an, und die Frau verweigerte die Herausgabe des Kraftfahrzeuges. Beide gingen dann fort, begaben sich in eine Gastwirtschaft und tranken sich Mut an. Nach einiger Zeit kehrten sie zurück und vollführten vor der Timmschen Wohnung einen Höllenlärm, dabei Drohungen ausstoßend. L. und W. hatten deshalb Strafverfügungen über je 30 Mark erhalten. Der Oranienburger Strafrichter sah die Sache des ruhestörenden Lärms milder an und setzte die Geldbuße auf je 20 Mark herab.

Berliner Produktenbörse

An der Produktenbörse ist das Angebot am Donnerstag merklich zurückgegangen. Der Umsatz war verhältnismäßig klein. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Notierungen wenig verändert. Roggen hatte gleichfalls festere Tendenz. Der Mehlabsatz bereitete Schwierigkeiten. Bei Hafer nur für gute Qualitäten Nachfrage.

Notierungen:

Weizen ab märk. Stat.	250—251	Roggenkleie fr. Bln.	8,35— 8,75
Roggen do.	147—149	Raps	—
Braugerste do.	194—216	Leinsaat	—
Futter- u. Industr.-Gerste do.	176—184	Viktoriaerbsen	24,00—31,00
Hafer do.	137—145	Kl. Speiseerbsen	—
Mais loko Berlin	—	Futtererbsen	19,00—21,00
Waggfr. Hbg.	—	Peluschken	—
Weizenmehl p. 100 Kilo fr. Bln. br.		Ackerbohnen	17,00—18,00
inkl. Sack (feinste Marke üb. Not.)	29,00—37,25	Wicken	17,00—20,00
Roggenmehl p. 100 Kilo fr. Bln. br.		Lupinen, blaue	—
inkl. Sack	23,50—26,75	Lupinen, gelbe	—
Weizenkleie fr. Bln.	8,60— 9,00	Serradella, neu	—
Weizenkl.-Melasse	—	Rapskuchen, 38%	8,70— 9,70
		Leinkuchen, 37%	15,00—15,30
		Trockenschnitzel	5,40— 5,90
		Sojaschrot, 45%	13,30—13,80
		Kartoffelflocken	—

Berliner Magerviehmarkt. Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde. Auftrieb: 326 Rinder, darunter 298 Milchkühe, 1 Bulle, 27 Jungvieh; 102 Kälber, 580 Pferde. Verlauf: Ruhig, Preise wenig verändert. Es wurden gezahlt für: Milchkühe und hochtragende Kühe je nach Qualität 290—520 Rm.; tragende Färsen je nach Qualität 270—440 Rm.; Jungvieh zur Mast je nach Qualität 47—50 Rm. — Pferdemarkt: Preise je nach Qualität 200—1100 Rm.; Schlachtpferde 30—150 Rm. Tendenz: Langsam.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 30. November.

Birkenwerder: 11 Uhr Gottesdienst, 12 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche.
Hohen Neuendorf: 10 Uhr Gottesdienst.
Bergfelde: 10 Uhr Gottesdienst.
Schönfließ: 10 Uhr Gottesdienst.
Stolpe: 9 Uhr Lesegottesdienst.
Oranienburg: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Pfarrer Rautenberg. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Derselbe.
Nachm. 2½ Uhr Taufgottesdienst. Superintendent Thiele.
5 Uhr Gottesdienst. Derselbe.

Christl. Gemeinschaft Birkenwerder, Bahnhofsallee 48
Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Sonntagsschule.
Sonntag, abends 8 Uhr, Evangelisation.
Mittwoch, abends 8 Uhr, Bibelstunde.

St. Josefsheim, Birkenwerder, Schützenstraße 7.
Wochentags:
7 Uhr heilige Messe.
Sonntags:
8 Uhr heilige Messe mit Predigt.
9½ Uhr nachm. Segen.

Redaktion, Druck und Verlag: Friedrich Püschel, Birkenwerder.
— Mit einer Beilage —

Familien-Restaurant Fromm
Birkenwerder, Havelstraße
ladet zu dem am **Sonnabend, dem 29. November 1930,** stattfindenden

Schlachtefest
Bekannte, Freunde und Gönner herzlichst ein.
Paul Fromm.

Tanzschule Birkenwerder
Am Montag, dem 1. Dezember, abends 8 Uhr, beginnt im Restaurant „Boddensee" ein Kursus in Tanz- und Anstandslehre. Moderne Tänze, Rundtänze. Honorar mäßig; Teilzahlung gestattet. Unterrichtsdauer 4 Monate. — Anmeldung im Lokal und am 1. Kursusabend. Um Zuspruch bittet
W. Raifschneider, Lehrer der Tanzkunst, Berlin-Tegel, Hermsdorfer Str. 12.

Gasthaus Wiegand
Schönfließ bei Berlin
Am Sonnabend, dem 29. November 1930
findet ein großer
Preis-Skat
statt. Es ladet freundlichst ein **Die Wirtin.**

Lehnitz
„Willis Diele"
(Restaurant Hildebrandt)
Florastraße, nahe am Bahnhof.
Jeden Sonnabend ab 8 Uhr und Sonntag ab 5 Uhr
Tanz Eintritt frei.
Erstkl. Jazz- und Stimmungskapelle.
Tischbestellungen bis 8 Uhr erbeten.
Fernsprecher: Oranienburg 2094.

Zu verkaufen: weiße **Puthähne** Henschel, Birkenwerder, Hauptstraße 31.

Klavier umzugshalber **billig zu verkaufen.** Zu erfrag. bei **Matthes, Hoh. Neuendorf,** Ruhwaldstraße 60.

Mädchen für Villenhaushalt u. Garten per 1. Dez. **gesucht.** Vorstellung Sonntag **Birkenwerder,** Hohenzollernstraße 67.

Puppenstube billig zu verkaufen. Zu erfragen i. Briesetal-Boten.

Ihr Klavier muß gestimmt werden durch den Fachmann **Fr. Krefft,** Klavierbauer und -Stimmer, **Oranienburg,** Telefon 2814. Bitte schreiben Sie heute noch eine Karte, komme sof.

Gediegene Möbel
allerbilligst
alles in größter Auswahl
Besuch unbed. lohnend
Möbel-Kataloge gratis.
Möbel-Windhorst
Berlin
Brunnenstraße 162.

Großer, weißer, guterhaltener **Kinderwagen** zu verkaufen. **Birkenwerder,** Ebel-Allee 26

Der beste **Baustein** ist die laufende Geschäftsreklame zu günstigen Abonnementspreisen im Briesetal-Boten.

Zeitungspapier
(Pfd. 5 Pfg) zu haben im Briesetal-Boten.

Große Preissenkung
meiner bekannt guten
Möbel
Beispiele:
Schlafzimmer 450.-, Speisez. 550.-
Herrenz. 435., Küchen mit Anr. 135.-
Gr. Schränke 105.-, Standuhren 120.-
Sofas . 120.—, Ruhebetten . 45.—
Ausziehtische 55.-, Rindl. Stühle 19.50
Stühle m. Rohrs. 7.50, Met.-Bettst. 28.-
Nußb.-Bettst. 65.-, Spiralmatr. 12.-
Auflege-Matratzen dreiteilig . 22.-
Möbelhaus Robert Schulz
Gegr. 1898.
Hohen Neuendorf, Schönfließer Str. 78
Lieferung d. eig. Auto überallhin frei

Mein Stolz, billige als Warenhäuser und Konzerne!
Weiter so billig
Ia Salat-Majonnaise, ½ Pfd. nur 30 Pf.
Pr. Kaßler, ein Gedicht, zum Aussuchen 1 Pfd. nur 1.08 Pf.
Pr. ger. Rippchen . . 1 Pfd. nur 98 Pf.
Pr. Spitzbeine . . . 1 Pfd. nur 88 Pf.
Pr. Eisbeine . . . . 1 Pfd. nur 88 Pf.
Liesen und Rückenfett, 1 Pfd. nur 83 Pf.
Ia Gänseschmalz billigst,
Oderbrucker Mast-Gänse, zum Aussuchen
1 Pfd. nur 98 Pfg., wirklich eine Pra
Mast-Enten . . . . . 1 Pfd. nur 1
Mast-Hühner, Seltenheit, 1 Pfd. nur 98 P
Ausgeschl. Gänsefleisch billigst
Blutfrische grüne Heringe, 3 Pfd. nur 88 Pf.
Ia Kartoffeln . . . . Ztr. von 1.55
Futtermittel besonders billig
Zuntz-Kaffee . . . . ¼ Pfd. 48 Pf.
1 Pfd. nur
Ia Margarine . . . . 1 Pfd. nur 49 Pf.
Natur-Butter . . . . .
Frische Hausm.-Wurst, 1 Pfd. nur 58 Pf.
Land-Wurstwaren zu Engros-Preisen
Wer probt — lobt!
Feinkosthaus Vo
Hoh. Neuendorf, Schönfließer Str.
Telefon Birkenwerder 2492
Lieferung p. Eilauto od. Gespann frei Ha

Umformung der Erde

Das Lyoner Unglück — Wandernde Erdschichten — Wachsende und einsinkende Gebirge — Zusammenhängende Erdstörungen.

Die furchtbare Erdrutschkatastrophe von Lyon ist in ihrer eigentlichen Ursache und in ihrem wirklichen Ausmaß noch nicht geklärt. Man steht hier vor einem Rätsel, weil man keinerlei Anzeichen einer Erdbewegung an dem Hügel von Fourvière vorher wahrgenommen hat. Es muß aber als selbstverständlich gelten, daß irgendein äußerer Anlaß diese gewaltigen Erdmassen in Bewegung gesetzt hat, die dann die sich ihnen in den Weg stellenden Hindernisse einfach erdrückten. Der erste Anlaß war zweifellos der Einsturz einer Stützmauer, der aber nur veranlaßt sein konnte durch den zunehmenden Druck der Erdmassen. Sie waren also bereits in Bewegung. Die Frage, was diese Bewegung ausgelöst hat, bleibt zunächst noch ungeklärt.

Es ist nicht ohne symptomatisches Interesse, daß gerade vor wenigen Tagen Prof. Freundlich im Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem in der aktuellen Stunde des Rundfunks über den Vorgang der sogenannten „Thixotropie" berichtete. Es handelt sich hier um ein erst in jüngster Zeit physikalisch erforschtes Phänomen, das Prof. Freundlich an einem Beispiel erläuterte, das große Aehnlichkeit mit der Lyoner Katastrophe aufweist. In einem Tale der nordschwedischen Provinz Bohuslän wollte man vor Jahren eine Eisenbahnlinie legen. Als man aber die Linie zu bauen begann, ereignete sich ein ebenso unheimliches wie rätselhaftes Phänomen. Durch die Erschütterung geriet plötzlich das ganze postglaciale Tonlager, das das Tal bedeckt, und das bis dahin einen durchaus festen Eindruck gemacht hatte, in Bewegung, und das gesamte Tal schwamm einfach fort, wie ein ungeheurer Gletscher aus Schlamm. Dieser vom Schweden Attenberg im Jahre 1908 beschriebene Vorgang wurde zu einem der wichtigsten Ausgangspunkte für die Forschungen über „Thixotropie". Das Wort bezeichnet einen seltsamen, etwa gallertartigen Zustand, den pulverförmige Massen unter bestimmten Bedingungen annehmen können. Es ist ein Zustand an der Grenze von „fest" und „flüssig", wobei die anscheinend feste Materie durch bloße Erschütterung in den flüssigen Zustand übergeht. Eine verhältnismäßig geringe Erschütterung kann somit bewirken, daß die thixotrope Masse, die gerade noch einen soliden Festigkeitszustand vorgetäuscht hat, sich plötzlich „verflüssigt".

Es steht zwar nicht fest, aber gewisse Nebenerscheinungen, die sich in Lyon, wie seinerzeit in Attenberg, ebenfalls gezeigt haben, lassen die Möglichkeit zu, daß die schwere Katastrophe von Lyon darauf zurückzuführen ist, daß durch das Nachgeben der Stützmauern diese sogenannte „thixotrope Masse in Bewegung geriet; es ist sogar zu befürchten, und die letzten Meldungen scheinen das zu bestätigen, daß diese Bewegung noch nicht zum Stillstand gekommen ist.

Es ist seit langem kein Geheimnis, und die gerade in den letzten Wochen mehrfach beobachteten Erdbeben in Süddeutschland, in Italien, in Spanien und in den nordischen Staaten haben es besonders deutlich gezeigt, daß die Erde kein toter Körper ist, daß sich vielmehr in ihrem Innern fortgesetzt Veränderungen und Bewegungen vollziehen, die sich teils durch Erdbeben, teils durch vulkanische Ausbrüche, teils durch Verschiebungen der Lagerungen in der Erdkruste äußern. Bekanntlich sind die deutschen Mittelgebirge sämtlich vulkanischen Ursprungs, ihre vulkanische Tätigkeit ist aber scheinbar abgeschlossen. Trotzdem geht hier im Erdinnern noch ein Prozeß vor sich, der sich nach außen hin durch eine wissenschaftlich längst festgestellte Veränderung der Erdoberfläche äußert. Man spricht z. B. von einer Wanderung der Gebirge, wie sie sich vor ein paar Jahren bei der Schneekoppe im Riesengebirge gezeigt hat, wo durch umfangreiche Messungen ein nicht unerheblicher Niveauunterschied gegenüber den letzten zehn Jahren festgestellt worden ist. Die Schneekoppe scheint danach gewissermaßen in sich zusammenzusinken. Ein gerade entgegengesetzter Vorgang hat sich beim Himalajagebirge gezeigt, wo man ein Größerwerden des Gebirges festgestellt haben will.

Wie auf der festen Erdoberfläche, so hat man auch unter dem Ozean feststellen müssen, daß es mit der Stabilität der Erdrinde doch nicht ganz so ist, wie man es sich vorstellt. Der Kapitän David Bone hat vor einiger Zeit größere und an einer Stelle, die sonst sehr leicht zu loten war, eine Tiefe entdeckt, die er mit den Apparaten und Meßinstrumenten nicht mehr ergründen konnte. Er kam daraufhin zu der Ueberzeugung, daß sich an der amerikanischen Küste plötzlich große Untiefen gebildet haben müssen, die früher nicht vorhanden waren. Er stellte denn auch weiterhin fest, daß zwischen Sable Island und Nantucket sich ungeheure Tiefen gebildet hatten. Es handelt sich also scheinbar um eine Einsturzstelle, die vielleicht, veranlaßt durch große Erd- und Seebeben, das Ozeanbecken verändert haben.

Man will wissenschaftlich auch nachweisen können, daß die letzten großen Grubenkatastrophen im Aachener und Saarkohlengebiet in Zusammenhang stehen mit den letzten süddeutschen Erdbeben Anfang Oktober. Man vermutet, daß die abnormen Wetterstürze, das plötzliche Nachlassen des Luftdrucks zur Zeit der Erdbebenkrise Anlaß gewesen sind zu den Störungen, die von der Erdoberfläche aus auch die tieferen Regionen der Gesteinsdecke beeinflußt haben. Der stärkere Austritt von Erdgasen, die sich in den Stollen in Form von Schlagwettern sammeln, läßt jedenfalls darauf schließen, daß durch unterirdische Erschütterungen diese Gase durch Erdspalten frei wurden und in die Grubenschächte eindrangen.

150 Jahre Brockengespenst

Der höchste Berg des Harzes war von jeher Schauplatz von allerhand Sagen. So gewann Goethe die Eindrücke zur „Walpurgisnacht" mit den Hexen, die auf Besen über den Blocksberg reiten, auf einer Brockenwanderung. Die Nebel, die hier, namentlich im Spätherbst, die Umrisse der Tannen und des Gesteins in phantastischen Formen erscheinen lassen, geben der Phantasie des Menschen Anlaß, Gespenster zu sehen. Eine dieser Naturerscheinungen, die die Gemüter immer wieder beschäftigt hat, wurde vom Volke geradezu das „Brockengespenst" genannt. Selbst die nüchternen Wissenschaftler, die Meteorologen, haben das Brockengespenst beobachtet, und die Meteorologische Station auf dem Gipfel des Brockens hat festgestellt, daß während des Jahrfünfts von 1919 bis 1923 derartige „Brockenschatten" an insgesamt 31 Tagen zu sehen waren, allein im Jahre 1920 13 mal. Am häufigsten zeigte sich die Erscheinung im Oktober, nämlich im ganzen an 9 Tagen, während sie im Februar und November 8 bezw. 6 mal auftrat.

Was ist das Brockengespenst? Der Brockenwirt erklärt, daß man an Nebeltagen mitunter nur den eigenen Schatten erblickt, ohne den der Gefährten, und es ist höchst merkwürdig, daß dieser Schatten umgeben wird von einem in den Farben des Regenbogens leuchtenden Heiligenschein. Bei rauhem Nebel sollen vom Haupte des Schattens drei gelbe, hellglänzende Strahlen rechts und links vom Auge und senkrecht ausgehen, und wenn die Kälte sehr stark ist, so glänzen diese Strahlen so stark, daß das Auge nicht lange hineinzusehen vermag. Man könnte bei dieser Schilderung meinen, daß der treffliche Brockenwirt eine lebendige Phantasie habe, die, zumal bei starker Kälte, von kräftig gebrauten Tränken leicht entflammt werde. — Aber die Meteorologen, die reinen Naturwissenschaftler, die nur beobachten und niemals dichten, haben ja auch das Brockengespenst gesehen.

Seit 150 Jahren geht das Gespenst schon um; denn im Jahre 1780 berichtete bereits der Berliner Oberbaurat Silberschlag in einem eigenartigen Werke „Geogenie oder Erklärung der mosaischen Erderschaffung nach physikalischen und mathematischen Grundsätzen" von dem Gespenst, das er auf dem Brocken gesehen hatte. Es war um die Zeit der Herbstnebel. „Eben als die Sonnenscheibe den Anfang machte, im Abendhorizonte zu verschwinden", schreibt Silberschlag, „wendete ich mich gegen Osten und plötzlich erschien der Schattenriß des Berges, vielmal größer als der Berg selbst war, schwebend in der Gegend von Halberstadt. Alles stand so deutlich in dem Nebel abgezeichnet vor Augen, daß man das Haus und die Anwesenden sehr genau unterscheiden konnte. Dieses colossalische Gespenst sahe desto fürchterlicher aus, weil in der Tiefe des ebenen Landes schon Nacht geworden war. Es ahmte alle Bewegungen der Personen nach, die wie ungeheure Cyklopen auf dem Gipfel des Berges daherschritten. Das Brockenhäuschen hatte sich in einen Pallast, unsere Füße in gelenkige Tannen- und unsere Arme in Maste verwandelt. Ein in der Hand gehaltenes Schnupftuch stellete ein Seegel vor." RDB

Hochwasser im Rheinland

Aus allen Teilen des Rheinlandes von Baden bis zur Grenze wird Hochwasser gemeldet. Katastrophale Regengüsse gingen nieder, und der Rhein ist kilometerweit über die Ufer getreten. U. B. a. eine überschwemmte Uferstraße in Köln.

Auch Köln überschwemmt.

Das Hochwasser des Rheines hat auch in Köln ganze Straßenzüge überschwemmt.

Lokales.

„Gott schütze das ehrbare Handwerk"

Soeben hat der Hauptausschuß des Verbandes der deutschen Hochschulen auf seiner Würzburger Tagung eine außerordentlich beachtenswerte Entschließung gefaßt, die sich gegen die ungesunde Einschätzung des Berechtigungswesens, wie überhaupt gegen die Ueberschätzung der akademischen Berufe gegenüber den nichtakademischen richtet. Der Verband tritt dafür ein, daß nur die wirklich Hochbegabten und Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes den Weg der Hochschule durchlaufen sollen, weil nur sie Aussicht haben, in einen Beruf zu gelangen, für den sie die Mühe und die Kosten des Studiums auf sich genommen haben.

Diese Stellungnahme des Hauptausschusses des Verbandes der deutschen Hochschulen ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Er richtet sich nicht nur an die Eltern, sondern in viel höherem Maße an die Wirtschaft und an die Behörden. Es ist leider bei uns jetzt Brauch geworden, daß gerade die Behörden, und handelt es sich auch nur um eine soche niederen Grades, aber in weitestem Maße auch die Wirtschaft bei Einstellung von Lehrlingen oder Berufsanwärtern eine höhere Schulbildung, in vielen Fällen sogar „abgeschlossene akademische Bildung" verlangen. Man braucht nur einen Blick in den Anzeigenteil der Tages- und Fachzeitungen zu tun, um festzustellen zu müssen, für welche Beschäftigung, wo in erster Linie Zuverlässigkeit, eine gute Allgemeinbildung und im übrigen praktischer Sinn und Berufsfreude verlangt werden müßten, der Befähigungsnachweis nur in dem Abgangszeugnis einer höheren Schule gesehen wird. Es ist dann nicht verwunderlich, wenn nicht nur die akademischen Berufe überfüllt und die Aufstiegsmöglichkeiten erschwert werden, sondern daß die durch die höheren Schulen gegangenen jungen Leute sich für zu gut dünken, einen Beruf zu ergreifen, der auf gewerblichem Gebiet liegt.

Leider ist die Ueberschätzung der akademischen Schulbildung auch mehr und mehr in den gewerklichen Berufen selbst eingerissen. Es gibt eine Reihe von Handwerkern, die in den letzten Jahren von ihren neueinzustellenden Lehrlingen eine höhere Schulbildung verlangten. Man konnte vor einigen Jahren darüber lesen, daß man in diesen Kreisen davon eine geistige Hebung des Handwerkerstandes erhoffe. Man wird inzwischen dort zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die beste Hochschulbildung nichts nützt, wenn der Lehrling nicht jenen gesunden Muttermitz und die unbedingt erforderliche Achtung vor der gewerblichen und gewerklichen Arbeit mitbringt. Was not tut, ist, daß der Lehrling die Berufsschule nicht als Zwang, sondern als eine für seinen Beruf unbedingt erforderliche Bildungsanstalt ansieht, die ihm neben der praktischen Ausbildung in seiner Lehrstelle die theoretische Vertiefung seiner Berufsarbeit vermittelt. Wenn diese Auffassung unter uns, diese Einstellung zum Handwerk und Gewerbe wieder Allgemeingut des deutschen Volkes werden, dann wird es auch bald wieder mit innerer Ueberzeugung heißen: „Gott schütze das ehrbare Handwerk".

Hygiene der Straße

„Hygiene der Straße? Was soll ich denn da nun wieder tun, um mein Leben nicht zu gefährden." So und ähnlich mag der eine oder der andere beim Lesen der Ueberschrift denken. Die Besorgnis vor neuen Unbequemlichkeiten, die man im Interesse seiner Gesundheit auf sich nehmen muß, ist aber unbegründet. Denn die Hygiene der Straße fordert vom Straßenbenutzer durchaus nur ein Unterlassen, nicht aber ein besonderes Handeln. Die Hygiene der Straße verlangt weiter nichts, als die Rücksichtnahme. Wie man in seinen Wohnräumen nicht Obstreste usw. auf den Boden wirft, so soll man es auch nicht auf der Straße tun. Oft genug sind Menschen über solche Obstreste gefallen, und Knochenbrüche oder noch schlimmere Verletzungen waren die Folge. Ueberall an Straßen und Plätzen findet sich Gelegenheit, sich solcher Obst- oder sonstiger Reste zu entledigen, ohne seinen Mitmenschen Gesundheitsgefahren zu bereiten.

Ein wohlerzogener Mensch wird selbstverständlich niemals in einem geschlossenen Raum auf den Boden speien. Um Hygiene auf der Straße zu üben, hat er nur nötig, diese Wohlerzogenheit auch während seines Aufenthaltes auf der Straße zu bewähren. In gleicher Weise verbietet es sich für jeden denkenden Menschen von selbst, jemanden anzuhusten oder anzuniesen. Die Hygiene stellt die gleiche Forderung, und nur Gedankenlosigkeit läßt viele Leute auf der Straße oder in der Straßenbahn diese selbstverständliche und unnötige Gefährdung seiner Mitmenschen vergessen.

Allerorten, selbst in Gebieten, die als Luftkurorte bekannt sind, wird über die Verschlechterung der Straßenluft geklagt, die durch Kraftwagen und Krafträder hervorgerufen wird. Es ist dabei immer wieder zu beobachten, daß auch Kraftfahrzeugführer, die außerhalb ihres Fahrzeuges von den feinsten und gewinnendsten Umgangsformen sind, am Steuer ihres Wagens an nichts anderes, als „Kilometer fressen" denken. Unnötiger, die Benutzer der Straßen schwer belästigender Motorenlärm und, was noch schlimmer ist, übelriechende und sogar schlechthin giftige Abgase aus unvollkommen verbranntem Betriebsstoff sind die Folgen mangelnder Rücksichtnahme auf andere. Durch überlegte Behandlung der Verbrennungsmotoren kann der Kraftfahrer Art der Abgase und Lärm der Motoren günstig beeinflussen und auch sein Teil zur „Hygiene der Straße" beitragen.

Die Arbeitsmarktlage

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im Bezirke des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat sich während der Berichtszeit (1. bis 15. November 1930) fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich um 41 831 auf 539 770 und hat damit den höchsten Stand des vergangenen Winters (15. Februar 1930) bereits um 43 772 überschritten. Gegenüber dem gleichen Tage des Vorjahres liegen die jetzigen Gesamtzahlen um 271 772 (101,4%) höher, die der männlichen allein um 202 499 (109,9%) und die der weiblichen um 69 273 (82,6%). Die Zahlen der Unterstützungsbezieher hatten eine Zunahme um 22 178 zu verzeichnen und stehen mit 328 072 um 103,9% höher als am gleichen Tage des Vorjahres (160 894 Personen). Der prozentual stärkste Zugang während der Berichtszeit kommt aus den Außenberufen. So stiegen die Arbeitsuchenden aus der Berufsgruppe Landwirtschaft von 10 327 auf 14 132, in der Industrie der Steine und Erden von 7045 auf 9438 und im Baugewerbe einschließlich der ungelernten Bauarbeiter von 53 263 auf 59 976 Personen. Von den Innenberufen ist besonders das Bekleidungsgewerbe an der Steigerung der weiblichen Arbeitsuchenden beteiligt. Der Zustrom aus der Landwirtschaft beschränkte sich nicht nur auf Erntehilfsarbeiter, sondern auch ständige Arbeitskräfte meldeten sich in steigendem Maße arbeitslos. Ohne nennenswerte Aenderung blieb die Metallindustrie. Aus dem allgemeinen Maschinenbau kann über ein leichtes Anziehen des Beschäftigungsgrades berichtet werden, auch für die Elektroindustrie einschließlich der Radiobranche konnten einige Vermittlungen getätigt werden. Demgegenüber verlief die Bewegung in der Schwachstrom-, Schrauben- und Autoindustrie weiter rückläufig. Mangelnde Unterbringungsmöglichkeiten bestanden auch in der Textil- und holzverarbeitenden Industrie, in der letzteren scheint die sonst beobachtete saisonmäßige Belebung vor dem Weihnachtsfest wie im Vorjahr völlig auszubleiben. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit für die Süßwarenindustrie etwas lebhafter, wenn auch einzelne Betriebe die Saison schon als beendet betrachten. Zu größeren Entlassungen kam es in der Damenmäntel- und Kleiderkonfektion, desgleichen in der Hutindustrie, wo die Vermittlungstätigkeit fast völlig ruhte. Das Baugewerbe gab mit fortschreitender Fertigstellung der Bauten Arbeitskräfte in steigendem Maße frei, auch nach Einschalwandputzern und Töpfern ist die Nachfrage zurückgegangen. Im Musiker- und Gastwirtsgewerbe gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit lebhafter, die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich, da es sich in der Hauptsache um kurzfristige Beschäftigungen handelte, nicht nennenswert verändert. Der Bewerberzugang in den Angestelltenberufen hat unvermindert angehalten, Bankangestellte meldeten sich sogar in verstärktem Maße arbeitslos. Bedarfsanmeldungen für Verkaufspersonal für das bevorstehende Weihnachtsfest gingen nur vereinzelt ein. Die Vermittlungstätigkeit für technische Angestellte gestaltete sich etwas freundlicher. Eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für pädagogische Kräfte ist dadurch eingetreten, daß städtische Heime, die bisher Sommer- und Winterbetrieb hatten, für den Winter geschlossen wurden.

In der Berichtszeit stieg die Zahl der Arbeitsuchenden um 41 831 auf 539 770; davon entfielen auf Berlin 400 822, auf die Provinz Brandenburg 129 958 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 8990 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung betrug 237 039, in der Krisenunterstützung 91 033, zusammen 328 072 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 166 159, auf die Provinz Brandenburg 65 724, auf die Grenzmark Posen-Westpreußen 5156. Für die Krisenfürsorge betrugen die entsprechenden Zahlen für Berlin 73 888, Brandenburg 16 820, Grenzmark Posen-Westpreußen 325.

Märkische Umschau

Werder. Selbstmord. In einem Holzschuppen auf seinem Grundstück in der Mühlenstraße fand man den Omnibusschaffner Fritz Lahn erhängt vor. Er hatte ein Bewerbungsschreiben, das er für eine Ausstellung bei der Krankenkasse gebrauchte, verloren und deshalb seinem Leben ein Ende bereitet. Er hinterläßt seine Frau mit zwei unmündigen Kindern.

Neu-Trebbin. Oderbruch-Mastgänse weiden billiger. Nachdem bereits eine Senkung der Preise für Magergänse erfolgt ist, sind jetzt auch die Mastgänse erheblich verbilligt worden, und zwar handelt es sich um eine Preissenkung bis zu 20 Pfg. für das Pfund Schlachtgewicht.

Möbel

Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer, Küchen, Einzel- und Polstermöbel! Hochwertige Tischlerarbeit!

Teppiche

Gardinen, Stores, Bettvorleger Läuferstoffe, Federbetten, Dekorationen!

billigst und anerkannt gut

Möbel- u. Teppich-Schrager

141 Invalidenstr. 141 3 Minuten v. Stett. Bhf.

Großzügigste Zahlungserleichterung!

Disziplinarurteil gegen einen ungetreuen Beamten. Vor der Reichsdisziplinarkammer hatte sich der 57 Jahre alte Steueroberwachtmeister Friedrich Dreyer aus Prenzlau zu verantworten. Dreyer war, als er noch in Potsdam Dienst tat, wegen Unterschlagung verurteilt worden. Er hatte daraufhin eine Strafversetzung nach Prenzlau erhalten. Auch in Prenzlau konnte er seine Ausgaben nicht mit den Einnahmen in Einklang bringen. Seine Frau soll dabei die treibende Kraft gewesen sein. Er kaufte teuere Musikapparate und andere Waren auf Abzahlung und gab sie dann an andere Käufer weiter. Deshalb wurde er wegen Unterschlagung zur Rechenschaft gezogen und seine Frau erhielt die gleiche Anklage. Dreyer wurde zu 1 Monat, Frau Dreyer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Jetzt hatte sich der Beamte vor der Reichsdisziplinarkammer zu verantworten. Der Vertreter der Anklage beantragte Dienstentlassung. Die Kammer unter Landgerichtsrat Dr. Masur erkannte auch demgemäß, Dreyer jedoch zwei Drittel seines Ruhegehaltes auf Lebenszeit belassend.

Rathenow. Aus Rache die Badeanstalt zerstört. Nachts suchten Unbekannte die am Wolzensee gelegene neue Badeanstalt des Ersten Rathenower Schwimmvereines heim. Die Täter hausten in den Räumen wie die Hunnen und ließen nichts heil. Dann drangen sie weiter in das im Bau befindliche Klubheim und zerstörten sämtliche Innen- und Außenwände. Da der Mörtel noch frisch war, zerstörten sie damit die Arbeit der ganzen letzten Woche. Man vermutet, daß es sich um einen Racheakt handelt.

Drossen. Um das Stadtwappen und die Stadtfarben. In dem Streit um das Stadtwappen und die Stadtfarben hat das Staatsministerium nunmehr die Genehmigung zur Führung des Drossener Wappens nach dem Entwurf des Regierungsbaurats Dr. Berger-Schäfer erteilt, ebenso die Führung der Fahne „weiß-rot-gelb". Das Drossener Stadtwappen trägt den brandenburgischen roten Adler ohne Abzeichen mit goldenen Fängen und goldenem Schnabel auf silbernem Grunde.

Woldenberg. Schützengilde in Konkurs. Die hiesige Schützengilde ist in Konkurs geraten. Durch den Bau der Schützenhalle in Schwierigkeiten geraten, haben sich inzwischen die Wirtschaftsverhältnisse derart verschlechtert, daß alle Versuche, die Schulden zu decken, mißlangen.

Ein Pater dirigiert.
Bei einem im Berliner Konzerthaus „Clou" veranstalteten Tiroler Abend wurde die Bürgerkapelle aus Reutte in Tirol von dem Franziskanermönch Bartl dirigiert.

Frankfurt (Oder). Lehrer Pester seines Amtes enthoben. Der Lehrer Pester in Matschdorf wurde unter der Beschuldigung, sich an 12- und 14jährigen Schülern vergangen zu haben, verhaftet. Pester, der sich über seine Gemeinde hinaus durch Inszenierung der Matschdorfer Heimatspiele einen Namen gemacht hat und seine Verfehlungen im Rauschzustande begangen haben will, erlitt nach seinem Geständnis einen Nervenzusammenbruch und wurde einstweilen aus der Haft entlassen. Die Schule ist geschlossen worden und Pester seines Amtes als Lehrer enthoben.

Küstrin. Der „Hohe Kavalier" wird abgetragen. Die Militärverwaltung hat den wiederholten Vorstellungen der Stadtverwaltung stattgegeben, und der Stadt Küstrin den „Hohen Kavalier" unentgeltlich zur Abtragung überlassen. Mit den Abbrucharbeiten, die als Notstandsarbeiten von Erwerbslosen ausgeführt werden, soll noch in diesem Winter begonnen werden. Die Stadt hat vorläufig 106 000 Mark zur Verfügung gestellt, weitere Mittel sollen in der kommenden Stadtverordnetenversammlung angefordert werden.

Lübben will Garnison bleiben. Magistrat und Stadtverordnete in Lübben beschlossen, der Verlegung des Ausbildungsbataillons des Infanterie-Regiments Nr. 9 von Wünsdorf nach Lübben zuzustimmen und die notwendigen baulichen Anlagen zu beschaffen. Die Belastung der Stadt wird, da die Heeresverwaltung sich an dem Zinsendienst beteiligt, sich auf jährlich etwa 25 000 Mark belaufen.

Turnen und Sport

Für die deutsche „Tour de France"-Mannschaft wurden bis nur Thierbach und Siegel genannt. Schön, der Steher werden will, wird kaum starten, auf Stöpel soll aus noch unbekannten Gründen verzichtet werden. In Frage kommen für eine Beteiligung weiter noch Koch-Frankfurt, Metze-Dortmund und Geyer-Schweinfurt.

Die Deutschland-Rundfahrt hat bis jetzt folgende Teilnehmer aufzuweisen: Buse-Berlin, Geyer-Schweinfurt, Dumm-Köln, Thierbach-Dresden und Metze-Dortmund. Beide Male wird Martin Schmidt Managerdienste leisten.

Rausch—Hürtgen, die Berliner Sechstagesieger, wurden für das 16. Brüsseler Sechstagerennen verpflichtet. van Kempen—Buschenhagen waren die Sieger des vorjährigen Rennens in Brüssel.

Rundfunkprogramm.

Sonnabend.

Berlin—Stettin—Magdeburg.

7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. — 12.30: Wettermeldungen. — 14.00: Walzerstunde (Schallplatten-Konzert). — 15.20: Jugendstunde. „Auf der Jagd nach dem Gold". — 15.40: „Maria Theresia" (Gest. 29. 11. 1780). — 16.05: Tänze aus aller Welt. Kapelle Ferdy Kauffmann. — Als Einlage: Zehn Minuten Film. — 17.30: „Zehn Jahre Preußische Verfassung". — 18.00: „Schutz vor Rundfunkstörungen". „Welche Fehler müssen bei Anwendung von Störungsschutzmitteln vermieden werden?" — 18.30: Das Funk-Porträt. Thomas Mann. — 18.55: Georg Friedrich Händel. Flügel: Bruno Seidler-Winkler. — 19.25: Drei Minuten vom Arbeitsmarkt. — 19.30: Aus Frankfurt a. M. Zeitberichte. „Wiedereröffnung des französischen Parlaments". — 20.00: „Achtung! Hier Königsberg, Breslau, Leipzig und Berlin." Ein heiterer Abend von vier Sendern. — 22.00: Zeitansage usw. — Danach bis 0.30: Aus dem Hotel Esplanade: Tanz-Musik (Kapelle Barnabas von Géczy).

Königswusterhausen.

6.25: Zeitansage und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 10.30: Neueste Nachrichten. — 12.00: Schulfunk. Der junge Beethoven. — 12.50: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplatten-Konzert. — 15.00: Kinderbastelstunde. Die Tierfänger bauen sich ein Lager. — 15.30: Wetter- und Börsenbericht. — 15.45: Frauenstunde. „Von glücklicher und unglücklicher Kindheit". — 16.00: Pädagogischer Funk. Schule und Wirtschaft. Berufsdasein und Lebensweli des Industriearbeiters. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Hamburg. — 17.30: Maria Theresia zum 150. Geburtstag. — 18.00: Französisch für Fortgeschrittene. — 18.25: Hochschulfunk, Goethes Faust. — 19.00: Stunde für den Arbeiter. Vom Metallarbeiter zum Diplomingenieur (Zwiegespräch). — 19.30: Stille Stunde: „Wartenmüssen". — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Aus München: Aus dem Huttensaale, Würzburg: Volkslieder-Abend. Volkschor, Würzburg. — 20.45: Aus München: Unterhaltungskonzert (Beliebte Märsche). Rundfunk-Orchester. 21.35: Aus München: Funk-Trocadéro. Jack Hylton spielt! (Schallplatten). — Anschließend: Berliner Programm.

Entlarvt!

Roman von Otto Elster.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

49. Fortsetzung.

Fritz prüfte das Papier. Der Wechsel war regelrecht mit der Unterschrift des Gutsbesitzers Hambach als des Zahlungspflichtigen versehen; das Ausstellungsdatum war der 1. Dezember des verflossenen Jahres.

Plötzlich fiel es wie Schuppen von den Augen des jungen Mannes. Er erschrak förmlich — am 1. Dezember des verflossenen Jahres hatte der Gutsherr schon schwer krank daniedergelegen; sicherlich hatte er an diesem Tage keinen Wechsel mehr unterschrieben.

Und nun prüfte Fritz nochmals die Unterschrift, die er von früher her genau kannte. Eine große Aehnlichkeit hatte ihn anfänglich getäuscht, jetzt erkannte er deutlich, daß der Wechsel gefälscht war. Gutsbesitzer Hambach hatte sich niemals mit seinem vollen Namen unterschrieben, er unterschrieb nur kurzer Hand Hambach . . .

Der Wechsel war falsch!

Wer konnte diese Fälschung begangen haben? Er mußte den Wechsel in seinen Besitz bringen. Wenn sein Verdacht betreffs des Urhebers dieser Fälschung sich bestätigte, dann hatte er eine furchtbare Waffe in Händen.

Wenn er jedoch Rother sagte, daß der Wechsel gefälscht war, dann würde dieser ihm das Papier sicherlich nicht überlassen.

Deshalb sagte er mit möglichst ruhiger Stimme:

„Der Wechsel ist gut — ich gebe Ihnen sofort den vollen Betrag dafür . . ."

Rother sprang auf.

„Herr Born — wenn ich nicht ein solcher Lump wäre, möchte ich Sie wohl umarmen!"

„Also Sie wollen mir den Wechsel verkaufen?"

„Aber selbstverständlich . . ."

Fritz stand abermals an seinem Geldschrank und entnahm diesem einen Tausendmarkschein. Er hätte das Geld freilich für wirtschaftliche Ausgaben nötig gehabt, aber er hätte für den Wechsel auch den doppelten Preis gern bezahlt.

„Können Sie mir das Geld nicht in kleinen Scheinen geben, Herr Born?" fragte Rother. „Solch ein großer Schein ist bei unsereinem auffällig . . ."

„Ja — da sind zehn Hundertmarkscheine . . ."

„Ich danke tausendmal — Donnerwetter, so leicht hätte ich mir das Geschäft nicht gedacht! — Herr Born, auf Ihr Wohl!"

Er füllte sich das Glas und trank es in einem Zuge aus.

„Hurra!" rief er dann. „Jetzt geht's nach Amerika! Ich glaubte schon, der alte Schuft, der Krummacher, hätte mich betrogen mit seinen Papieren. Wenn er von einem glatten Geschäft hört, ärgert er sich schwarz . . ."

„Wollen Sie mir versprechen, Krummacher nichts von unserem Geschäft mitzuteilen?"

„Weshalb?"

„Nun, wissen Sie, für mich ist es gerade keine Ehre, mit Ihrem Krummacher in Geschäftsverbindung gebracht zu werden."

Rother lachte.

„Da haben Sie recht. Hüten Sie sich vor dem schlauen Hallunken, den guten Rat will ich Ihnen noch geben. Ich bin überzeugt, er hat für die Wechsel nur die Hälfte des Geldes als Darlehen gegeben — so macht er es immer. Na, und nun leben Sie wohl, Herr Born, und nochmals herzlichen Dank . . ."

„Wollen Sie nicht noch ein Glas Wein?"

„Nein, ich danke. Ihr Wein ist ja ganz gut, aber für meine ausgepichte Kehle zu sanftmütig. Im „Weißen Roß" im Ort werde ich mir selbst ein Getränk mischen, das ein wenig stärker brennt — Herrgott, werden die Leute Augen machen, wenn ich mit meinen Hundertmarkscheinen herausrücke!"

„Seien Sie vorsichtig . . ."

„Ja, ja — ich werde schon sehen, daß man mir nicht an den Kragen kommt. Also nochmals herzlichen Dank und adieu, Herr Born . . ."

Fritz hielt ihn nicht mehr zurück. Er sah den verlumpten Menschen in lustiger Stimmung über den Hof taumeln; als er auf der Landstraße verschwunden war, atmete Fritz tief auf. Dann traf er noch einige Anordnungen und fuhr zu seinem Rechtsanwalt Dr. Fischer.

Im „Weißen Roß" ging es in diesen Tagen hoch her. Der ehemalige Förster Rother hatte sich dort einquartiert und ließ die Geldscheine springen, daß die Leute sich nicht genug wundern konnten. Anfangs hatte Rother nur eine Nacht im „Weißen Roß" bleiben wollen, um dann nach Hamburg weiter zu reisen, aber er fand gleich am ersten Abend eine lustige Gesellschaft, mit der er die Nacht durchzechte und den folgenden Tag die Zecherei fortsetzte. Es traf sich, daß gerade in diesen Tagen der große Jahrmarkt abgehalten wurde, der aus dem früheren Kirchweihfest entstanden war. Auf dem Dorfanger reihte sich Bude an Bude, Zelt an Zelt. Da gab es Karussells und Schießbuden, Schnellphotographen und Akrobaten, Menagerie und fliegende Schaukeln, und in dem großen Zelte, das der Wirt vom „Weißen Roß" aufgeschlagen, wurde die Nächte hindurch getanzt. Da fand denn Rother genug lustige Gesellschaft, zumal er mit dem Gelde nicht sparte.

Als aber nach drei Tagen der Festtrubel verrauscht war, und die Alltagsstimmung sich wieder geltend machte, die Zelte und Buden abgetragen wurden und die fahrenden Leute des Jahrmarktes weiterzogen, da war auch für Rother die Zeit gekommen, zu verschwinden, denn schon war die Landjägerei auf ihn aufmerksam geworden, weil er soviel Geld gezeigt hatte.

Er fühlte, daß er überwacht wurde, und eines Morgens erklärte er dem Wirt zum „Weißen Roß", daß er am Mittag abzureisen gedenke.

„Gebt mir vorerst aber noch ein ordentliches Frühstück, Schinken mit Eier, und eine Flasche von Eurem alten Nordhäuser Schnaps — mir ist der Kopf noch ganz wüst von gestern abend."

Der Wirt brachte das Verlangte und Rother stürzte sofort ein Glas des starken Branntweins hinunter.

(Fortsetzung folgt.)